

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 13.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 30. März 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nien, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Der traurige Ausgang der Tragödie im Ruhrbergbau.

Schneller, als viele von uns erwartet haben, hat die Leitung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes den Streik im Ruhrrevier bedingungslos abgebrochen. Noch am Sonntag (17. März) redeten die sozialdemokratischen Verbandsführer in den Versammlungen, der Streik stünde günstig, er nähme an Umfang jeden Tag zu. Tatsächlich wuchs die Zahl der Arbeitswilligen mit jeder Schicht. Die sozialdemokratische Presse schrieb am Dienstag (19. März) noch von „Kämpfen bis zum Siege“. Immer mehr Arbeiter schlossen sich dem sozialdemokratischen Verbands an; die Sache stünde gut für die Streikenden. So schrieb die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in ihrer Nummer vom Dienstag, 19. März:

„In Wirklichkeit ist die Situation für die Streikenden durchaus gut... Nach den Feststellungen des alten Verbandes kann von einem Abflauen des Streiks absolut keine Rede sein.“

Am demselben Tage erschien in mehreren sozialdemokratischen Blättern der Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, worin zu Sammlungen für die streikenden Bergleute aufgefordert wird. Darin wird noch gesagt, daß die Zahl der Streikenden 200 000 betrage, und „diese Zahl ist fortgesetzt im Wachsen begriffen“. Ferner heißt es, „der Zeitpunkt des Ausstandes ist seitens der Arbeiterschaft sehr günstig gewählt“. Die deutsche Bergarbeitergesellschaft müsse sich auf einen „ebenso umfangreichen wie harten Kampf einrichten, für den die eigenen Mittel der Organisation kaum hinreichen dürften“.

Am demselben Tage, an dem dieser Aufruf erschien, kommt abends die Kunde, daß eine Revierkonferenz der verbündeten Organisationen beschlossen habe, den Kampf bedingungslos aufzugeben. Von 577 Delegierten stimmten 349 für Fortsetzung des Streiks, 215 für Abbruch desselben, 13 Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Da keine Dreiviertel-Mehrheit für Weiterstreiken stimmte, wurde der Kampf abgebrochen. Er war bereits seit mehreren Tagen am Verbluten.

Dieser Beschluß hat wie eine Bombe in die streikende Bergarbeiterbevölkerung eingeschlagen. Nach dem Verhalten ihrer Führer und ihrer Presse mußte sie annehmen, daß der Kampf noch längere Zeit andauern würde. Der wahre Stand der Dinge war ihr verheimlicht, mit den unwahrsten Mitteilungen war sie über die Situation hinweggetäuscht worden. Die „Frankfurter Zeitung“, die mit dem „Dreibunde“ enge Fühlung unterhält und den Streik mit den heftigsten Angriffen gegen den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter verteidigte, schreibt in ihrer Nr. 79 vom 20. März:

„Vorgestern noch war die Stimmung unter den Streikenden und ihren Führern derart, daß niemand an einen so baldigen Abbruch des Streiks glauben konnte. Man hat im Gegenteil ziemlich allgemein damit gerechnet, daß er mindestens bis in die ersten Tage des April dauern würde.“

Man lernt vielleicht auch die „Frankfurter Zeitung“ erkennen, daß man im Ruhrrevier mit dem Ungläublichen rechnen muß und daß die Führer des sozialdemokratischen Verbandes unberechenbar sind für den, der ihre Schliche nicht kennt.

Wut und Empörung packte die streikenden Bergarbeiter, als sie von dem Beschluß der Revierkonferenz Mitteilung erhielten. In tumultuarischen Szenen kam es in den Versammlungen der Streikenden. Rufe wie: Verraten und verkauft, unterbrachen die sozialdemokratischen Redner. Auch die Rede gegen den Gewerkverein konnte die empörte Menge nicht beschwichtigen.

Sie erklärten sich für betrogen um ihre Sache und um ihre Hoffnungen. Warum hätte man sie tags vorher noch in Stimmung hineingeredet, warum hatte man ihnen die Wahrheit vorenthalten, warum sie mit Verlogenheiten über den wahren Stand der Dinge hinweggetäuscht?

Umsonst! Die Bergleute müssen wieder in die Grube fahren, wenn sie von den Bechen wieder angenommen werden. Die Streikenden werden als Entlassene betrachtet, und gewiß ist, daß zahlreiche Leute auf der Straße bleiben werden. Sie haben außerdem noch einen Wochenlohn wegen Kontraktbruchstrafe verloren und ferner ihre Rechte an der Knappschaftskasse eingebüßt. Die Regierung sollte jetzt auf die Bechenbesitzer einwirken, damit nicht die Bergleute für die Schuld ihrer Führer zu büßen haben. Jene sollen soziale Gerechtigkeit und Gnade vor gesetzlichem Recht ergehen lassen.

Der Streik ist abgebrochen worden, bevor die Rassen der Gewerkschaften wesentlich in Anspruch genommen worden wären. Für die erste Streikwoche haben die organisierten streikenden Arbeiter freiwillig auf eine Unterstützung verzichtet. Nun sie Unterstützungsansprüche geltend machen können, wird der Streik unerwartet abgebrochen. Die Verbände suchen ihre Rassen zu schonen. Das ist vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus durchaus zu rechtfertigen. Die Verbandsgelder zu opfern für eine verlorene Sache, ist eine unverantwortliche Tat. Aber nach Lage der Dinge gewinnt doch die Behauptung immer mehr an Gewißheit, daß es dem roten Verbands nicht um die Sache der Arbeiter zu tun war, daß diese vielmehr das Opfer eines schlechten und elendiglichen mißglückten Planes geworden sind. Die Tatsache tritt immer deutlicher in die Erscheinung: Es handelte sich um die Inszenierung eines internationalen Solidaritäts- und Demonstrationstreiks, hinter dem keine gewerkschaftlichen, sondern nur sozialistisch-revolutionäre Gedanken stecken. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter sollte dabei aufgerufen werden. Die sozialdemokratischen Verbände erwarteten, daß die Mitglieder des Gewerkvereins ihre Leitung im Stiche lassen und sich in großen Massen den streikenden Organisationen anschließen würden.

Dieser Plan ist zunichte geworden. Und als die roten Strategen die Nutzlosigkeit ihres Beginns einsehen, brachen sie den Kampf plötzlich ab. Wohl selten ist in so unverantwortlicher Weise ein Streik vor Zaune gebrochen worden, wie in diesem Falle. Er ist gegen jede gewerkschaftliche Regel und gegen alle gewerkschaftlichen Grundsätze unternommen worden. Und die mehr breiten als gründlichen Rechtfertigungsversuche der sozialdemokratischen Presse und Agitatoren gehen um diesen Kernpunkt der Sache herum. Was die Genossen an Sachlichkeit der Gründe nicht aufzubieten vermögen, suchen sie zu ersetzen durch die Flegelhaftigkeit ihrer Beschimpfungen. Es war für jeden denkenden Gewerkschaftler von vornherein klar, daß dieser Kampf, ob kurz oder lang, zusammenbrechen mußte. Wie lagen denn die gewerkschaftlichen Machtverhältnisse im Ruhrgebiet?

Der Ruhrkohlenbergbau beschäftigt rund 360 000 Leute. Davon sind organisiert im sozialdemokratischen, polnischen und Hirsch-Dunderschen Verband rund 90 000, das ist gerade der vierte Teil der Belegschaft. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter mit 45 000 Mitgliedern erklärt sich gegen den Streik. Und mit diesen paar Leuten, mit einem Viertel der ganzen Belegschaft, beginnt der Alte Verband einen Kampf gegen die kapitalträchtigsten Unternehmer.

Das ist ja geradezu Wahnsinn. Keine gewissenhafte Organisationsleitung wird unter solchen ungünstigen Organisationsverhältnissen einen Streik aufnehmen, ganz gewiß nicht einen von solcher Art, wie es ein Bergarbeiterstreik ist. In unserem Verbandsstatut heißt es, daß bei einem Streik wenigstens 80 Prozent der in Betracht kommenden Belegschaft ein halbes Jahr lang organisiert sein muß. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband hat ähnliche Bestimmungen. In den Statuten des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes und des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes heißt es in den Bestimmungen über den Streik:

„Der Vorstand hat zu berücksichtigen, ob die zur Durchführung des Ausstandes nötigen Mittel vorhanden sind. Der Antrag auf Streik muß abgelehnt werden, wenn nicht mindestens $\frac{3}{4}$ der in Betracht kommenden Verbandsmitglieder für den Ausbruch des Streiks gestimmt haben. Vor der Abstimmung ist auf die gesetzlichen Bestimmungen über den Kontraktbruch aufmerksam zu machen.“

Die Zeitung des Alten Bergarbeiterverbandes hat sich über diese Regeln leichtfertig hinweggesetzt.

Und wie war die finanzielle Grundlage des Kampfes? Der sozialdemokratische Verband hat ein Vermögen von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Davon ist aber ein großer Teil in Immobilien festgelegt, ein anderer Teil steckt in den Bezirks- und Ortskassen. Für die gewerkschaftliche Unterstützung kommen diese Summen gar nicht in Betracht. Aber bliebe es dennoch bei den $3\frac{1}{2}$ Mill. Rechnen wir dazu die Rassenbestände der anderen beteiligten Verbände, so kommt ein Streikvermögen von 4 Millionen Mark zusammen. Rechnen wir nun eine durchschnittliche Unterstützung für die organisierten Arbeiter von 14 Mark pro Woche, so ergibt das einen wöchentlichen Unterstützungsaufwand von 1 260 000 Mark. Aber nun kommen auch die Unorganisierten. Die Verbände mußten auch diese unterstützen, wenn sie den Kampf nicht von vornherein preisgeben wollten. Rechnen wir nun für 200 000 Unorganisierte nur 10 Mark Unterstützung, so haben wir eine Summe von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark, die in einer Woche ausbezahlt werden mußten. Das Vermögen der drei Verbände reicht also gerade für eine Woche. Nun könnten die Verbände auf die Sammlungen rechnen. Aber man kann sehr bezweifeln, daß diese reichlich ausgefallen wären. Die Bürgerschaft hätte sehr wenig gegeben, weil die öffentliche Meinung gegen den Streik war und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter nicht mitmachte. Man war also hauptsächlich auf die Unterstützung aus sozialdemokratischen Arbeiterkreisen angewiesen. Man hatten diese erst vor einigen Wochen noch für die ausgesperrten Tabakarbeiter sammeln müssen, dann erging vor 14 Tagen von der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften aus ein Aufruf zu Sammlungen für die streikenden Porzellanarbeiter, die Schneider stehen im ganzen Reich im Kampfe. Danach darf man schließen, daß die Sammlungen nicht allzu reichlich ausgefallen wären. Daß die Zahlstellen der übrigen Organisationen tief in die Lokalkassen gegriffen haben würden, glauben wir auch nicht. Sie sind in der letzten Zeit reichlich in Anspruch genommen worden. Ferner stehen mehrere größere Verbände vor ernsthaften Tarifbewegungen. Manche Zentralvorstände werden ihre Gelder nicht hergeben wollen für eine Sache, die unter keinen Umständen gewonnen werden kann. Die Parteikasse ist durch die eben beendeten Reichstagswahlen auch arg hergenommen worden. Mit großen Sammlungsresultaten war also nicht zu rechnen.

Das trotz alledem den sozialdemokratischen ...

Der Streik auf die Lage in England. Bei Streiks in Industrien, die in der Weltkonkurrenz stehen, sind noch weitere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, als bei Kämpfen im Buchdrucker- oder Baugewerbe. Durch den Streik in England fehlte zunächst eines der hauptsächlichsten Druckmittel auf die deutschen Unternehmer. England ist der einzige Kohlenkonkurrent Deutschlands. Während des englischen Streiks konnten den deutschen Bergbauunternehmern keine Absatzgebiete freitig gemacht werden, und die Absatzgebiete sind für die Weltmarktindustrie die empfindlichsten und verletzbarsten Stellen. Dazu kommt noch, daß der Streik im Ruhrrevier erst am 11. März seinen Anfang nahm. Der englische Streik begann bereits am 1. März. Bei Beginn des Ruhrbergarbeiterstreiks waren bereits in England zwei Millionen Arbeiter brotlos. Daß ein solcher Zustand in einem Lande nicht lang anhalten kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Gesamtsituation stand bei Beginn des Ruhrbergarbeiterstreiks so:

- 1. mit einem Streik von 14 Tagen oder 3 Wochen konnten die Ruhrbergbauunternehmer nicht müde gemacht werden;
2. für einen längeren Streik fehlten den Bergarbeiterorganisationen die Mittel. - Wenn aber
3. selbst die Mittel aufzutreiben gewesen wären, würde eine Fortsetzung des Ruhrbergarbeiterstreiks nach der Beendigung des englischen Streiks sich an den Ruhrbergleuten selbst schwer gerächt haben.

Dann hätten viele deutsche Industrielle englische Kohlen bestellt, die ihnen die englischen Bergbauunternehmer natürlich nur geliefert hätten gegen lange laufende Verträge. Die Folge davon wäre gewesen, daß im Verlaufe des kommenden Sommers der Ruhrkohlenbergbau infolge verlorener Absatzgebiete Feuerlöcher in großer Zahl einlegen müßte.

So konnte der Kampf keinen anderen Ausgang nehmen, als den er genommen hat. Mögen sich die Bergarbeiter bei den Herren Sach und Sachse dafür bedenken.

Und was wäre das wirkliche Ergebnis dieses traurigen Spiels? Zunächst haben die Genossen ihren Zweck, die Zertrümmerung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, nicht erreicht. Im Gegenteil, der Gewerkschaftsverein geht gestärkt aus diesem Kampfe hervor. Tausende neuer Mitglieder sind ihm in den letzten Tagen beigetreten, darunter zahlreiche Uebertritte aus dem alten Verbände. Der einsichtigeren Teil der Ruhrbergleute muß sich heute doch zur Taktik der Gewerkschaftsleitung bekennen. In weite Kreise ist die Erkenntnis eingedrungen, daß sie in dem Kampfe das Opfer eines ganz unverantwortlichen und gewissenlosen politischen Spiels geworden sind.

So endigt der Kampf mit einer bedeutenden Schwächung des sozialdemokratischen Verbändes. Er hat eine erhebliche Mitgliederflucht zu beklagen. Aber viel ärger als dieser äußere Verlust ist der innere Kampf, der sich nun in seinen Reihen erheben wird. Die „freien“ Verbände sind um das Vertrauen ihrer eigenen Mitglieder gekommen. Das ist für sie um so gefährlicher, als es sich hier um durch und durch radikalisierte, anarchische denkende Mitglieder handelt. Die innere Zerfahrenheit und Unfriede wird im roten Verbände nun mit verstärkter Kraft einsetzen. In der Öffentlichkeit hat der Verband nun erst recht den besten Rest von Achtung und Respekt eingebüßt.

Der politische Radikalismus und der Anarchismus ziehen den größten Gewinn aus diesem traurigen Kampfe. Ihnen hat die Leitung des alten Verbändes die Wege zum weiteren Vordringen geebnet. Wo der Gewerkschaftsgebäude leidet, schlägt der politische Radikalismus in die Blüten.

Eine wichtige Lehre werden die Führer des Alten Verbändes aus diesem Kampfe hoffentlich gezogen haben: daß sie ohne den Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter wenig, gegen ihn gar nichts unternehmen können. Daß der Gewerkschaftsverein ein Faktor ist, mit dem bei der gewerkschaftlichen Arbeit und Taktik ernstlich gerechnet werden muß und über dessen Meinung und Beschlüsse man sich nicht mit gemeinen Schimpereien und Verdächtigungen hinwegsetzen kann. Darum mußte es so kommen. Der sozialdemokratisch-anarchistische Terror mußte gebrochen werden. Durch den Kampf mußte im Ruhrgebiet die Grundlage geschaffen werden für eine entsprechende Gewerkschaftsarbeit der Zukunft. Es mußte dem Alten Verbände, hinter dem überhaupt keine gewerkschaftliche Idee steht, sondern nur eine sozialistisch-revolutionäre Idee, unmöglich gemacht werden, daß er immer und immer wieder die deutsche Volkswirtschaft

heimmüht und seine Taktik auf ein Ziel richtet. ... Denkenden wird es heute klar, daß die sozialdemokratische innere Gefahr nur zu bannen ist durch eine selbständige, starke, nicht sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die auf der einen Seite eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter darstellt, auf der anderen Seite aber auch stark genug ist, um der sozialdemokratischen Gewalttätigkeit, gestützt auf ein starkes Staatswesen. Widerstand zu leisten.

Der Bergarbeiterstreik vor dem Forum des Reichstages.

Am 14., 15. und 16. März beschäftigte sich auch der Reichstag mit dem Streik im Ruhrgebiet. Eine vom Zentrum eingereichte Interpellation wurde durch unseren Kollegen Schiffer begründet. Dieser hob die Verletzung vor allem der Lohnforderungen der Bergarbeiter hervor und betonte, auch der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter sei stets mit Nachdruck hierfür eingetreten. Weiter legte er dann die Gründe dar, die den Gewerkschaftsverein veranlaßt haben, den Streik nicht mitzumachen. Seine diesbezüglichen Ausführungen decken sich mit den von uns bereits in der vorigen Nummer gebrachten Darlegungen. Nach einem warmen, eindringlichen Appell an Regierung und Reichstagsmitglieder, die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter zu berücksichtigen, kam Kollege Schiffer auf den Streik selbst zu sprechen. Er verurteilte scharf den von den Genossen betriebenen Terrorismus den Nichtstreikenden gegenüber und forderte umfassendere, besser wirkende Maßnahmen zum Schutze der letzteren. Er erregte nicht den Ruf nach Willkür, aber die Freiheit, die volle Freiheit der Arbeiter müsse unter allen Umständen sichergestellt bleiben. Die arbeitenden Bergleute müßten vor dem Spießkautenlaufen, vor dem Spott und Spott der Genossen und vor tätlichen Angriffen geschützt werden. Friedliche Einwirkung auf die nichtstreikenden Bergarbeiter soll nicht gehindert werden, wohl aber jede gewalttätige Beeinflussung. Wie rüpelhaft sich die Genossen während und vor allem am Schluß der Ausführungen des Redners benahmen, haben wir vorigesmal schon dargelegt.

Nach dem Kollegen Schiffer sprach der Vertreter der Regierung, der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück. Auch er betonte: „Ich bin auch heute noch der Meinung, daß, wenn es sich nur darum handelte, eine angemessene Erhöhung der Löhne herbeizuführen, der Streik nicht notwendig war, und daß er jedenfalls begonnen ist, ehe die vorhandenen Mittel und Möglichkeiten zu einer friedlichen Beilegung erschöpft waren“. Der Genosse Sachse, Vorsitzender des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbändes, wuschte trotz der verzweifeltsten Aufstrebungen diese Tatsache nicht zu entkräften. Was seinen Ausführungen an sachlicher Beweisraft abging, suchte er durch ein möglichst radikales Gedächtnis sowie durch Anzettelungen der christlichen Gewerkschaften und deren Führer zu ersetzen. Den Terrorismus der Genossen kritisierte er ab. Nach ihm wären es die armen Streikenden, die belästigt und angegriffen wurden und des Schutzes bedürftig. Dem trat Staatsminister von Sydow entgegen. Auf Grund amtlichen Materials entwarf er ein Bild über die von den Genossen verübten Gewalttätigkeiten. Eine treffende Abjur wurde dem Genossen Sachse durch den Kollegen Behrens zuteil. Dieser ging ebenfalls den eigentlichen Ursachen, die den Streik veranlaßt haben, auf den Grund. Der Kampf habe einen politischen Hintergrund. Er soll eine Revanche sein für Bochum. Er war weiter gedacht als Entscheidungskampf zwischen dem sozialdemokratischen Verband und dem Gewerkschaftsverein. Dieser sollte vernichtet werden. Der Herrich-Tunderische und der politische Verband wurden als kühnste Schildebenennung. Der christliche Gewerkschaftsverein habe den Entschluß, nicht mitzumachen, in voller Unabhängigkeit und nach reiflicher Überlegung gefaßt. Der Vorwurf des Streikbruchs sei ungerecht und unmotiviert. Die christlichen Gewerkschaften seien selbst auch vollkommen genug, auf Grund eigener Ansicht ihre Beschlässe zu fassen. Sie hätten nicht nötig, sich diese von den Genossen diktieren zu lassen. Kollege Behrens wies weiter auf einige Behauptungen des Genossen Sachse als unwahr zurück. So jene, daß Kollege Schiffer wegen Meinungsverschiedenheiten aus dem Vorstand des Gewerkschaftsvereins ausgeschlossen und ausgeschlossen worden sei. Kollege Schiffer habe übrigens selbst bereits öffentlich erklärt, daß er mit den Maßnahmen des Gewerkschaftsvereins voll und ganz einverstanden sei. Auch die weitere Behauptung, der Gewerkschaftsverein habe Streikbureau errichtet, wies Kollege Behrens als unwahr. Es sei an einem einzigen Ort ein Streikbureau errichtet worden für jene Mitglieder des Gewerkschaftsvereins, die durch den roten Terrorismus be-

hindert wurden, ihre Arbeitsstätte aufzusuchen. ... dem Kollegen Schiffer gegenüber, suchte dann die Taktik der roten Verbände zu rechtfertigen und kam endlich auf sein Stiefpferd, die christlichen Gewerkschaften, zu sprechen. Und nun marschierten sie alle wieder auf, die alten Ladedeckel: die christlichen Gewerkschaften ständen unter der Fuchtel des Zentrums, sie dürften überhaupt nicht mehr streiken, wenigstens sei ihnen „von oben herunter“ untersagt, an großen wirtschaftlichen Aktionen teilzunehmen usw. usw. Und dieser akademisch gebildete Genosse mit seinem Ragout von ollen Kamellen glaubte, an der Rede des Kollegen Schiffer Kritik üben zu müssen: sie sei kein eigenes Geistesprodukt, enthalte keine neuen Gedanken u. dergl.!! Kollege Giesberts gab ihm, wie auch dem „Vorwärts“, der den Kollegen Schiffer ebenfalls persönlich angerepelt und verächtlich von dem „ehemaligen Arbeiter Schiffer“ geschrieben hatte, die gebührende Antwort: das sei die demoralisierende Wirkung des Salon-Sozialismus und des Millionärstums in der Sozialdemokratie. So sprachen und schrieben Leute, die ihre Karriere in den Redaktionsstühlen der Sozialdemokratie gemacht, noch nie einen Finger gekrümmt hätten und die Arbeit nur vom Hörensagen kennen. Der Hieb saß. Dann räumte Kollege Giesberts mit den Eubmann'schen Verdächtigungen der christlichen Gewerkschaften gründlich auf und bemerkte ganz richtig, den Genossen sei es lediglich darum zu tun, für die von den roten Verbänden begangene Dummheit einen Prügelknaben zu finden. Zum Streik selbst übergehend, charakterisierte der Redner die unehrliebe Bitterkeit der Genossen Sachse und Dr. Erdmann und rügte dann den sozialdemokratischen Terrorismus zu Tode; bei er an Hand einiger besonders krasser Fälle illustrierte. Dem Genossen Sachse wies er zu, er habe doch keine Verantwortung, sich über die getroffenen Schutzmaßnahmen aufzuregen, nach seinen (Sachses) Darlegungen läme der Schutz ja in erster Linie den Streikenden zugute. Daß die christlichen Arbeiter den Schutz der Behörden angerufen haben, sei berechtigt. Sie hätten noch lange nicht nötig, sich von den Genossen alles gefallen zu lassen. Wenn Herr Sachse sage, die Arbeiter seien keine Sklaven mehr, die sich wie Hunde behandeln ließen, so erwidere er darauf, daß auch wir keine Sklaven sind, die Sie wie Hunde behandeln können. Weiter beleuchtete Kollege Giesberts den Streik vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus. Dieser Teil der Giesbert'schen Rede bildet eine geradezu glänzende Rechtfertigung der Haltung des christlichen Gewerkschaftsvereins und eine vernichtende Kritik der Taktik des roten Verbändes. Wir geben sie darum inhaltlich an anderer Stelle wieder. Das hier zusammengetragene wichtige Anlagematerial kennzeichnet so recht die Gemütslosigkeit, mit der dieser Streik inszeniert wurde. Kein Wunder, daß die Genossen sich aufbäumten und durch skurrile Unterbrechungen den Eindruck dieses Schläges zu verwischen suchten. Kollege Giesberts wies ihnen dann auch gelegentlich zu: die Herren vergaßen, daß sie sich im Reichstag und nicht auf einem sozialdemokratischen Parteitag befänden.

Eine bittere Pille war den Genossen auch die Rede des freisinnigen Abgeordneten Heflicher. Sie ist darum bemerkenswert, weil dieser Herr doch der Sozialdemokratie und vor allem den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften recht nahe steht. Den über das preußische Herrenhaus schimpfenden Genossen gab er die beste Antwort: Sie könnten vom Herrenhaus eines Kerker, nämlich größere Ruhe und ein besseres parlamentarischeres Verhalten. Den Streik beurteilte er auch so. Zu Beginn desselben seien die Waffen des Friedens noch nicht erschöpft gewesen. Den Genossen wies er zu, sie kämpften darum für eine verlorene Sache. Die zwei noch folgenden sozialdemokratischen Redner, die Genossen König und Sachse, versuchten vergebens die erhaltenen Plätze zu verteidigen. Ihnen antworteten noch einmal die Kollegen Behrens und Behrens. Damit war die Debatte erschöpft.

Das Resultat dieser dreitägigen Debatte war für die roten Streikführer ein geradezu vernichtendes. Der Streik wurde von den Regierungsvertretern voll und von den Rednern der bürgerlichen Parteien eifrig heilig beurteilt. Die Genossen standen allein auf weiter Flur. Selbst sie haben sich meist um die Frage, ob die Proklamierung des Streiks nach Lage der Dinge berechtigt und zweckmäßig gewesen sei und ob derselbe Aussicht auf Erfolg biete, herumgedrückt. Tatsächlich trug der Streik den Tobeskeim von Anbeginn in sich. Die öffentliche Meinung war gegen den Streik. Das haben die Verhandlungen im Reichstag gezeigt. Angesichts dessen hätte selbst die Beteiligung des Gewerkschaftsvereins den Zusammenbruch nicht zu vermehren vermocht. Die Taktik des Gewerkschaftsvereins war also weitblickend. Die Genossen haben ihren Zweck nicht erreicht. Der Schutz, der dem Gewerkschaftsverein nach hinten los und trotz den ... haben auf ...

Wem galt der Kampf?

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat eine Teilnahme an dem elendigsten verachteten Bergarbeiterstreik auch aus dem Grunde abgelehnt, weil er der Ueberzeugung war, daß der Alte Verband den Kampf unternahm, um die verhasste christliche Organisation zu zertrümmern. Die Verbandsführer streiten das natürlich ab, aber wer mit den Verhältnissen auch nur einigermaßen vertraut ist und die Tatsachen für sich reden läßt, wird den Versicherungen der Altverbändler keinen Glauben schenken.

Schon seit vielen Jahren hat es die ganze sozialdemokratische Gewerkschaftsleitung darauf abgesehen, nicht bloß dem Gewerbeverein, sondern der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung des Reviers den tödlichen Schlag zu verfehen. Der Einfluß und die Macht, die sich die christlichen Gewerkschaften hier im Mittelpunkt des politischen, gewerkschaftlichen und industriellen Lebens erobert haben, sollen gebrochen werden, damit die sozialdemokratische Bewegung hier ungehindert schalten und walten und das deutsche Erwerbsleben zu jeder Zeit großen Erschütterungen ausgesetzt werden kann. Die „Wucht der proletarischen, revolutionären Klassenbewegung“ könnte hier ja am gewaltigsten demonstriert werden. Im Jahre 1905, in dem Jahre, in welchem der vorletzte große Bergarbeiterstreik stattfand, schrieb das Korrespondenzblatt der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften Deutschlands u. a. folgendes:

„Zum fünften Male werden die deutschen Gewerkschaften demnächst ihre Herrschaft halten, und die Wahl von Köln als Ort des Gewerkschaftskongresses bedeutet, daß sie sich an die Spitze der großen industriellen Westens Deutschlands, das Stammland der bedeutendsten Industrien und den Sammelplatz der größten Arbeitermassen systematisch zu erobern. Ein ungeheures Agitationsfeld eröffnet sich dort der gründlichen Bearbeitung. Wie groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, die sich der letzteren dort entgegenstellen, die Gewerkschaftsbewegung wird sie überwinden. Wie ein junger Hiese im Bewußtsein seiner Kraft geht sie ans Werk, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Schon weht ihre Fahne in der dunkelsten Gasse, im Saarrevier — ein verheißungsvoller Anfang für die weitere Ausbreitung. Die zweite Million der Gewerkschaftskämpfer wird vorzugsweise der Westen liefern, der auch der Schauplatz der größten Kämpfe sein wird. Hier werden die Schlachten der Zukunft gegen die wirtschaftlich-sozialpolitische Reaktion geschlagen, hier wird der Widerstand des Scharfmacheriums gegen Arbeiterrecht und gegen kollektive Arbeitsverträge überwunden und hier wird, vielleicht unter schmerzlichen Wehen, die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung geboren werden, die den Sieg der Gewerkschaftsfache für alle Zeiten verbürgt.“

In einem Artikel zum sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress 1905 wird dieser Faden weiter gesponnen und ausdrücklich gesagt, daß der Bergarbeiterkampf schon der erste Schlag in diesen „Schlachten der Zukunft“ um eine einzige deutsche Gewerkschaftsbewegung sei. Die Taktik des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes ist dann ständig auf dieses Ziel gerichtet gewesen. Sie ist geführt worden mit den unehrlichsten und verwerflichsten Mitteln. Schon im Jahre 1897, also kurz nach der Gründung des Gewerbevereins, gab der ehemalige Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes seinem vielbekannteren Freunde Otto Hue in einem Briefe die Wege dafür an, indem er schrieb:

„Lieber Otto! Ich verstehe Dich, Du willst den Gewerbeverein so mit der freundlichsten Miene von der Welt abmurken. Trete die Führer des Gewerbevereins vor den Bauch und streiche die Mitglieder.“

Bei dem Bergarbeiterkampf im Jahre 1905 gingen die Verbände zusammen vor. An der Spitze der Siebenerkommission stand damals der Kollege Effert vom Gewerbeverein. Warum war der Gewerbeverein an die Spitze der Bewegung gestellt worden? Der jetzige Vorsitzende des Alten Verbandes, Reichstagsabgeordneter Sasse, hat es auf dem Kölner Kongress bekannt mit folgenden Worten:

„Wir haben den Gewerbeverein lediglich deshalb an die Spitze gestellt, um ihn zu schädigen, um seinen Mitgliedern zu zeigen, daß sie vom Gegenwartsstaate nichts zu erwarten haben.“

Und bald nach Beendigung des Streikes schrieb der damalige Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, Genosse Hänisch, in der „Leipziger Volkszeitung“:

„Der Moment wäre da, die zögernde und schwankende christliche Gegenorganisation mit einem fähigen Schlage zu zertrümmern und für den (sozialdemokratischen) Verband einen Fischzug zu tun, wie er ihn noch nie tat. (21. Februar 1905.)“

Bähnleinschrieb dieselbe „Leipziger Volkszeitung“ am 27. Juli 1905:

„Leider erhielt der christliche Verband durch den Streik ein Relief und festes Fundament, das ihm sonst wohl verjagt geblieben wäre. Unsere Erwartung, dem christlichen Verbande werde bei passender Gelegenheit das schmerzstillende Gipsband umgelegt werden, erfüllte sich nicht.“

Endlich, als dieser Streit vorbei war, bei dem die Einigkeit der Bergleute sehr stark betont worden war, glaubte der sozialdemokratische Verband diese Situation zu einem großen Verschmelzungsummel auszunutzen zu sollen in der Absicht, dadurch innerhalb des Gewerbevereins Verwirrung anzufachen und ihn schädigen zu können. Mit welchen verwerflichen Mitteln die sozialdemokratische Verbandsleitung den Kampf gegen den Gewerbeverein geführt hat, zeigt ein Hinweis auf das berühmte 30000 Mark-Fugblatt, mit dem der Herr Abgeordnete Sasse in eine ganz peinliche Verbindung gebracht werden kann, ferner ein Hinweis auf den Heinrichsbrief usw.

Auch bei dem jetzt verachteten Kampf kam die Absicht des Alten Verbandes deutlich genug zum Ausdruck.

Allenthalben appetierten die sozialdemokratischen Verbändler an die Gewerbevereinsmitglieder, sie möchten doch mitstreifen und ihren Führern die Gefolgschaft versagen. Ja, man glaubte sogar die Christlichen durch Drohungen zum Mitstreifen bewegen zu können. So sagte z. B. der Verbandsbeamte Bössler am 3. März in Altentstein:

„Kommt es dann zum Kampf, dann werden auch, das glaube ich bestimmt, die Gewerbevereiner mit uns kämpfen und werden ihre Leitung zur Ordnung rufen oder über sie zur Lageordnung übergeben. Entweder der Gewerbeverein wird mit eintreten in den Kampf oder er wird verschwinden von der Bildfläche.“

Recht offenherzig gab ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes seine Gedanken über den Streit mit den Worten Ausdruck:

„Wenn wir auch nichts erreichen bei dem Streit, wenn nur der Gewerbeverein kaputt geht.“

So denken Tausende und handeln danach.

In einer Versammlung in Bochum, die bei Abbruch des Streikes stattfand, stellte der sozialdemokratische Redner es ausdrücklich als den Erfolg des Kampfes hin, daß der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter zertrümmert sei.

Nun ist der schurkische Plan elend zunichte geworden. Der Gewerbeverein steht innerlich und äußerlich kräftiger denn je da. Um den Gewerbeverein zu zertrümmern, wurde der Kampf begonnen, mit einer Stärkung des Gewerbevereins und einer bedeutenden Schwächung des Alten Verbandes hat er geendet. Die Taktik des Gewerbevereins hat sich glänzend bewährt und gerechtfertigt gezeigt. Ob nun den sozialdemokratischen Verbandsführern die Luft vergangen ist, ihre „Kunst“ auch fürder noch zu üben?

Nach dem Wahlsieg.

Wir haben bereits vor der Reichstagswahl betont, daß die von der Sozialdemokratie zur Schau getragene Einigkeit nur Schein sei. Die Radikalen wie die Revisionisten wollten der Partei die Wahlausichten nicht verderben. Darum wurden die Gegensätze künstlich überklebert. Jetzt hat man derartige Rücksichten nicht mehr zu nehmen. Der Haber geht denn auch bereits wieder los.

In Württemberg liegen sich die beiden Richtungen schon längere Zeit in den Haaren. Der offene Bruch datiert seit der letzten Stuttgarter Gemeinderatswahl, bei der die Revisionisten durch Herausgabe gefälschter Stimmzettel die Kandidaten der Radikalen zu Fall brachten. Wie stark die gegenseitige Erbitterung ist, zeigte der Kollege Westmeyer. Ein anderer Vorfall, über den die Parteipresse erst nachträglich berichtete, ist ebenfalls geeignet, die Situation zu beleuchten. Derselbe passierte im September vorigen Jahres in Stuttgart gelegentlich einer Auseinandersetzung der beiden Richtungen. Ein alter Parteigenosse sollte den Ausführungen des radikalen Westmeyer Beifall. Deswegen schalt ihn der Kassierer des roten Metallarbeiterverbandes: Er betrage sich wie ein Bub, er solle sich schämen. Der Alte verbat sich das. Als der Kassierer nun nachher dem Revisionisten Karl Weisall klatschte, meinte der Alte, nun tue er ja daselbe, worauf ihn der Kassierer derart ins Gesicht schlug, daß der Geschlagene ein blutunterlaufenes Auge davontrug. Die Geschichte hatte noch ein gerichtliches Nachspiel.

Die Bemühungen des Parteivorstandes haben es seither nicht vermocht, die feindlichen Brüder zu versöhnen. Der Bruch geht lustig weiter. Die Göttinger „Freie Volkszeitung“, das einzige Organ, das den Radikalen zur Verfügung steht, hatte nach der Reichstagswahl scharfe Kritik an der Wahltaktik des Landesvorstandes geübt. Deswegen wurde es von den revisionistischen Organen abgerüffelt und zwar, wie die von genanntem Blatt veröffentlichten paar Blüten „aus dem reichen Strauß revisionistischer Liebenswürdigkeiten“ bezeugen, nicht gerade in sehr parteigenösslichem Tone. Die revisionistische „Donau-Wacht“ z. B. zog gegen die radikalen Sünder folgendermaßen los:

„Wir stehen vor der Landtagswahl! Da haben wir in Württemberg mehr zu verlieren und mehr zu gewinnen wie bei den Reichstagswahlen. Die eiternde Beule am Parteikörper muß mit einem sicheren und fähigen Griff beseitigt werden. Wenn es nicht anders geht, mit außerordentlichen Mitteln. Das Maß ist voll.“

In der „Leipziger Volkszeitung“ quitierte daraufhin einer der Württemberger Radikalen wie folgt: „Man weiß wenigstens die Parteigenossenschaft Deutschlands genau, was die Revisionisten Württembergs planen: Niederwerfung der radikalen Richtung um jeden Preis, selbst um den der Zertrümmerung der Partei.“ Der Parteivorstand wird noch seine liebe Not haben, diesen Bruderkwitz in der eigenen Partei zu schlichten.

Wie in Württemberg, so scheint auch in Bayern und Baden die Raubjagd unter den Genossen beginnen zu wollen. In Bayern opponierte die radikale sozialdemokratische Presse ebenfalls gegen die Großblocktaktik des Landesvorstandes bei den Landtagswahlen. So schrieb z. B. das Parteiblatt für Hof, die „Oberfränkische Volkszeitung“: „Die Aufforderung an die sozialdemokratischen Wähler, für die offiziellen liberalen Kandidaten einzutreten, sei angesichts des Ausgangs der Reichstagswahlen eine ungeheure Zumutung gewesen. Die Wähler seien zwar trotz der gerechten Empörung der Parole gefolgt. Ob es ein zweites Mal möglich sein würde, sei eine zweite Frage.“ Weiter sagte das Blatt:

„Wir waren und sind heute noch die entschiedensten Gegner einer solchen Kompromisspolitik. Es widerspricht dem sozialistischen Klassenempfinden, eine derartige Kompromiss-

politik zu treiben, und eine solche entnervende Kompromisspolitik, die zur Versumpfung unseres Kampfes führen muß, noch festerhin mitzumachen. . . . Wir wollen eine klare grundsätzliche Politik, die die Lebenshaltung der Massen zu heben, sie zu schulen und sie Einblick in die Zusammenhänge des Staatslebens gewinnen zu lassen. Aber diesen Kampf führen wir nicht unter Preisgabe unserer grundsätzlichen Anschauungen, sondern unter scharfer Betonung aller uns von den bürgerlichen Parteien trennenden prinzipiellen Momente.“

Diese Ausführungen sind nicht nur interessant im Hinblick auf die von den Revisionisten erstrebte Großblocktaktik, sie lassen auch Schlüsse zu auf die Tätigkeit der „110“ im Reichstag. Gewinnen diese Anschauungen innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Mehrheit, dann werden jene, die von der Sozialdemokratie positive Arbeit erwarten, um eine Enttäuschung reicher werden.

In Baden beginnen die Radikalen ebenfalls gegen die Großblocktaktik Sturm zu laufen. Der „Volksfreund“, das führende Organ der badischen Sozialdemokratie, muß selbst berichten, daß die sozialdemokratische Wahlkreisversammlung im siebten Reichstagswahlkreis (Offenburg-Neck) einstimmig das Stichwahlabkommen verurteilt hat. Ebenso sprach in Pforzheim ein Genosse von einem völligen Schiffbruch der Kolbschen Großblocktaktik. Dieser Genosse meinte: Es sei ein reinigendes Gewitter nötig, und wenn es komme wie in Stuttgart. Ein anderer Genosse sagte, der Taktik Kolb (des sozialdemokratischen Großblockführers) müsse der Gehorsam verweigert werden. Das stärkste aber ist, daß ein Antrag Annahme fand, die in Pforzheim erscheinende radikale „Freie Presse“, die bis jetzt nur mehr örtliche Bedeutung hatte, zum alleinigen Parteiorgan für den ganzen neunten Reichstagswahlkreis (Pforzheim-Durlach-Etlingen-Gernsbach) zu erklären. Damit soll dem „Volksfreund“ der Stuhl vor die Türe gekickt werden. Ob der Parteitag darauf eingehen wird, ist allerdings eine andere Frage.

Aber nicht nur in den Einzelstaaten, auch im Reich beginnt zu rumoren. Auch hier melden sich bereits solche, die mit der vom Vorstand der Gesamtpartei ausgegebenen Wahlparole nicht einverstanden sind. Vor allem die „Leipziger Volkszeitung“. In einer längeren Artikelserie sucht sie den Nachweis zu liefern, daß bei dem mit dem Freisinn getroffenen förmlichen Wahlabkommen die Sozialdemokratie die Gelächerte gewesen sei. Wie dieses Blatt die Wahlstrategie des Parteivorstandes einschätzt, zeigt sich in folgenden Sätzen:

„Wir Sozialdemokraten sind ja nicht unzubringen — nicht durch Mäden und Läden der Feinde und nicht einmal durch eigene Dummheiten. . . . Wohlgeredet, wir tadeln unsern Parteivorstand nicht etwa, weil er sich in der ganzen Taktik mit den Liberalen wenig schlau erwiesen hat. Wir bedauern nur, daß er überhaupt nicht schlau sein wollte. Denn wie Cassale im Sickingen sagt: Denn manchem hat's den Hals gekostet, in großen Dingen schlau zu sein.“

Man sieht, die Leipziger versteht nicht übel, den Parteivorstand mit der ungeschicktesten Miene zu verhöhneln. Der letzte Satz scheint zugleich ein für diesen bestimmten Wind mit dem Jauchpsahl zu sein.

Der „Leipziger Volkszeitung“ jekumbiert bereits eine Parteiverammlung in Bremen. Dort wurde nach einem Referat der „roten Rosa“ eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die Versammlung das Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen, wie auch die Heimlichkeit mit der es abgeschlossen wurde, „aufs tiefste bedauert“.

Sie erklärt jeden Versuch, mit den Fortschrittlichen und den Nationalliberalen eine gemeinsame Politik der Linken zu treiben, für utopisch und nur geeignet, Verwirrung in das Proletariat zu tragen und die Quellen seiner Kraft, sein Klassenbewußtsein und sein revolutionäres Selbstvertrauen zu verschütten. Sie erachtet es als notwendig, den großen Nachwachss, den unser Wahlsieg der deutschen Arbeiterklasse gebracht hat, in erster Linie zu einem neuen energischen Kampf für die Demokratisierung des Staatslebens auszunutzen. „nem Kampf, der nicht im Parlament, sondern nur durch Massenaktionen der Arbeitermassen selbst zum erfolgreichen Ausgang gebracht werden kann; und sie betrachtet nach wie vor den Kampf um das preussische Wahlrecht als die nächste Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“

Das ist die alte Sprache des revolutionären Kraftmeiertums. Der „Vorwärts“ ist mit dieser antiparlamentarischen Denkweise nicht ganz einverstanden, bemerkt aber zugleich beruhigend: „Im übrigen sind ja solche Resolutionen nicht wörtlich zu nehmen.“ Er scheint seine Pappenheimer bereits zu kennen.

Auch die Berliner Genossen haben in mehreren Versammlungen Stellung zur Reichstagswahl genommen. In allen Versammlungen klang eine große Unzufriedenheit durch über das Verhalten des Parteivorstandes zu den bürgerlichen Linksparteien. Eine positive Arbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Sinne der bürgerlichen Parteien könne und dürfe es nicht geben. Das sei die Aufgabe des revolutionären Prinzips, der Tod der Partei. Nur Klassenkampfpolitik dürfe von der Sozialdemokratie im Reichstage geübt werden. Die so sprachen in den Versammlungen, hatten den meisten Beifall. In einigen Versammlungen wurde eine entsprechend lautende Resolution angenommen.

Alles in allem genommen ergibt sich, daß es in der sozialdemokratischen Partei durchaus nicht so friedlich ausschaut, wie man vor der Wahl nach außen hin glauben machen wollte. Und dies, trotzdem man auf allen Seiten sichtlich tapfer war und noch ist, einen größeren Bruch zu vermeiden. Ob es auf die Dauer möglich sein wird? Gleichviel; ungekrühte Freude wird der große Wahlsieg der Sozialdemokratie auf keinen Fall bereiten.

Allgemeine Rundschau.

Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge. Unter den Anträgen, die zur Etat des Reichsamts des Innern gestellt worden sind, befindet sich u. a. die Förderung nach Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und schrittweiser Fortbildung derselben zu einem Reichsreinigungsamte. Wie diese Zentralstelle gedacht ist, bezw. welche Aufgabe dieselbe zu übernehmen hätte, darüber entwickelte in der Reichstags-Sitzung vom 1. März der bekannte Abgeordnete Pieper eine Reihe bemerkenswerter Gedanken.

Er hält es nicht für genug, daß das einschlägige Material über Tarifverträge etwa im Reichsamte des Innern gesammelt wird, dort eingehend für literarische Veröffentlichungen im „Reichsarbeitsblatt“ oder in besondern Schriften, vielmehr soll es in erster Linie gesammelt werden, um damit der weiteren Entwicklung der Tarifverträge zu dienen. Speziell soll die Zentralstelle bereit sein, Interessenten Auskunft zu geben, wie man auch in anderen Dingen an Kreise selbstständig Erwerbstätiger dort aus Anstalten gibt. Ferner wünscht der Abgeordnete, daß jenes Material nicht nur zwecks Erstellung von Anträgen gesammelt wird, sondern daß es auch darauf untersucht wird, welche Entwicklung die Tarifverträge nehmen und welche Tendenzen sich bei ihnen zeigen, daß weiterhin diese Entwicklung und diese Tendenzen bewertet werden, und daß diese Bewertung weiteren Kreisen bekannt gegeben werde.

Was nun den Abschluß oder die Erneuerung von Tarifverträgen anbelangt, so gab der Abgeordnete Pieper dem Wunsch Ausdruck, daß die Zentralstelle zur Förderung der Arbeitertarifverträge nicht nur eingreifen soll, wenn sie von einem oder beiden Seiten angerufen wird, sondern daß sie, sobald sie bemerkt, daß Schwierigkeiten entstehen, ihre Dienste unverbindlich anbietet. Sie brauche nicht zu fürchten, daß sie schroff zurückgewiesen werde. Selbstverständlich solle sie nur dann eingreifen, wenn ihre Hilfe notwendig sei. Sie solle nicht bevorzugen, solle ferner nicht die Verantwortung für das Zustandekommen von Tarifverträgen von den Schultern der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer nehmen, die am ersten die Verantwortung zu tragen hätten. Sie solle nur helfend eingreifen, eher nicht erst, wenn sie angerufen werde.

Zur Lösung der vorgelegenen Aufgaben sei es durchaus nicht notwendig, um einen neuen Behördenorganismus zu schaffen, sondern es genüge, wenn zunächst ein Beamter im Reichsamte des Innern im Hauptberufe mit dieser Aufgabe betraut werde. Dieser Beamte hätte auch dann zweckmäßig seine Hilfe anzubieten, wenn es sich nicht um das Zustandekommen eines Tarifvertrages handle, sondern um Wendigung oder Verhütung eines Streiks. Damit kämen wir in Deutschland auf den Weg zur Schaffung eines Reichsreinigungsamtes. Seine Vorschläge begründete der Redner mit gutem Geschick als besonders dringlich durch den Hinweis darauf, daß die Tarifverträge von immer größerer Bedeutung für die Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern werden.

Hier sehen wir lebenskräftig und spontan aus der Arbeiterbewegung gepaltes Neue sich anschauen, parallel den Kartellen und Syndikaten, und wenn die beiden Organisationsbewegungen die gewaltige Bedeutung in sich haben, von der ich sprach, wenn sie sich mit Naturgewalt voranzubringen und den unglückseligen Einfluß im Wirtschaftsleben gewinnen, dann darf sich das Reichsamte des Innern, das soziale Amt, wie man es oft genannt hat, nicht darauf beschränken, beiseite zu stehen und zu sagen: eventuell, aber nur bei Mangel bin ich bereit, helfend einzugreifen. Dann muß es vielmehr in gleicher Weise mit der Initiative vorgehen, in der Sorge für die Wahrung der Interessen des Gemeinwohl, die auf dem Spiele stehen, wie es auch in Gesetzgebungen mit Initiative vorgeht.

Seine Stellung zu den Tarifverträgen hatte am Tage vorher, am 29. Februar, der Staatssekretär des Reichsamts des Innern u. a. dahin präzisiert, daß er sich zu dem Versuch bereit erkläre,

„Einrichtungen zu treffen, durch welche Streitigkeiten über die Auslegung eines Tarifvertrages geschlichtet und überhaupt Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Abschluß von Tarifverträgen angeregt werden.“

„Sie können“, so wandte er sich an die Abgeordneten, „versichert sein, daß, was an mir liegt, das Zustandekommen und die Durchführung von Tarifverträgen fördern, ganz gewiß geschehen wird.“

Für die Berechtigung und Zweckmäßigkeit der Vorschläge Dr. Piepers reden eben zwei Tatsachen eine deutliche, eindringliche Sprache: die Bergarbeiterbewegung in England und im Ruhrrevier.

Festsetzung der öffentlichen Meinung durch die Gelben. Der „Anschluß zur Förderung der Beziehungen vaterländischer Arbeitervereine“, dem eine Reihe Persönlichkeiten mit langweiligen Titeln aber keine Arbeiter angehören, veröffentlicht in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 9, 1912) einen Protest gegen den evangelischen Führer Richter-Sömigswalde, weil der die gelben Vereinsbestrebungen bekämpft und für die selbständige christlich-nationale Arbeiterbewegung eintritt. Zu dem Protest heißt es u. a.:

„Unsere nationale, wirtschaftlich-ethischen Arbeitervereine sind aber gerade auch deshalb entstanden, weil die genannten beiden (christlichen und Hirsch-Dunder'schen) Gewerkschaften mit der internationalen Unionspartei auch in Kampfschlachten Hand in Hand gegangen und deshalb ungeeignet sind für unbedingt national gesinnte Arbeiter, die in Frieden mit ihren Arbeitgebern leben wollen.“

Die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften wären in nationaler Beziehung nicht zuverlässig, ist ein alter

abgetriebener Agitationsklopfer der gelben Vorführer, bleibt aber eine grundlose Verdächtigung. Die christlichen Gewerkschaften können es füglich ablehnen, solche Behauptungen immer wieder bezulagen und breiten zu widerlegen. Ihr Programm und die daraus resultierende Stellung zu Staat und Gesellschaft beweist das Gegenteil zur Genüge. Es ist aber eine Vorpiegelung falscher Tatsachen, wenn das Entstehen der gelben Bewegung auf die „unrationale Haltung von christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften“ zurückgeführt wird, wie es in vorstehender Erklärung geschieht. Nein, die gelben oder „vaterländischen“ oder „Einigkeitstreuen“ Arbeitervereine sind von kapitalistischen Interessen aus sehr materiellen Beweggründen ins Leben gerufen worden, um nämlich dem Unternehmertum als Sturmbock gegen die selbständige Arbeiterbewegung zu dienen, sei es nun auf rein gewerkschaftlichem oder politischem Gebiet. Im Lager der gelben Protektoren sollte man doch der Wahrheit gemäß eingestehen und nicht mit Verdächtigungen von Hunderttausenden vaterländischer Arbeiter für einen unglückseligen Zweck zu entschuldigen versuchen.

Der Verlust von 11 Millionen Mark durch den Bergarbeiterstreik. Die „Frankfurter Zeitung“ schätzt den durch den Streik verursachten Förderausfall in den acht Streiktagen auf 1102830 Tonnen. Die normale Förderung beträgt in derselben Zeit 2240000 Tonnen. Der Ausfall beträgt also noch keine 50 Prozent. Das ist ein Beweis dafür, daß der Streik nie den Umfang angenommen hatte, wie das die Genossen in die Welt pojannten. Die Hakenbesitzer haben übrigens die geringsten Verluste erlitten. Der Streik hat ihnen eine willkommene Gelegenheit, die Läger zu räumen. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ gibt die mit folgenden Worten an:

„Den Bergarbeitern mag die Klärung der Lage umso mehr willkommen sein, als Kohle und namentlich Holz durch längeres Lagern im Freien an Qualität und Marktwert empfindlich leiden und jetzt unter dem Eindruck einer drohenden Kohlenknappheit sogar mit einem Aufgeld an den Mann gebracht werden könnten, ganz abgesehen davon, daß diese Vorräte zumest fast abgegraben waren. Dadurch verminderten sie natürlich die Verluste der Haken aus dem Streik.“

Den den Hakenbesitzern durch den Förderausfall entgangenen Reinerwerb berechnet die „Frankf. Ztg.“ infolgedessen auf bloß 827122 M. Demgegenüber werden die streikenden Arbeiter allein an Lohn circa sieben Millionen Mark eingebüßt haben. Dazu kommt die Kontraktbruchstrafe, die sich insgesamt auf circa vier Millionen Mark beziffern dürfte, so daß der Gesamtverlust der Arbeiter etwa 11 Millionen Mark beträgt. Dadurch werden naturgemäß nicht nur die am Streik beteiligten gewerkschaftlichen Arbeiter, sondern auch die Geschäftswelt empfindlich getroffen. Dazu bemerkt die „Frankf. Ztg.“:

„Ein Verlust von mehreren Millionen Mark, die bei der heutigen Lenkung ohnehin ganz in den Konsum übergegangen wären, trifft natürlich auch die kleinen Geschäftslente im Streikgebiet schwerer als mancher Konsumrückgang, der sich ja natürlich nur langsam zu verheeren pflegt. Die Werte werden vielfach gedrungen, ihre Bestände zeitweise zu schließen, der Schnapshandel war hier und da ganz verfallen. Dieser Teil des Konsumrückgangs, den die von den Arbeiterführern ausgegebene Parole der Entschlossenheit noch verschärft, mag man noch am ehesten verschmerzen. Gar mancher ehemalige Arbeiter aber, der sich ein kleines Milchgeschäft oder einen Kramladen aus jahrelangen Ersparnissen gegründet hat, mancher kleine Händler wird noch lange unter den Folgen dieses unglücklichen Lohnkampfes zu leiden haben.“

Das sei ein Ergebnis, meint das genannte Blatt, das die seit Jahren angehäufte Erbitterung zum tiefen Haß gegen die Bergarbeiter wandeln könnte. Wir wollen die Hakenbesitzer gewiß nicht in Schutz nehmen. Sie haben zweifellos ein vollgültiges Maß von Schuld an den Vorgängen im Ruhrgebiet. Wäre aber die „Frankfurter Zeitung“ dank ihres vaterländischen Verhältnisses zur Sozialdemokratie und infolge der Beteiligung des Hirsch-Dunder'schen Organisationsbüros am Streik nicht voreingenommen, so müßte sie zugeben, daß die allen gewerkschaftlichen Grundfragen ins Gesicht schlagende Taktik der Dreibundführer in erster Linie für die den Bergarbeitern erwachsenen Verluste verantwortlich zu machen ist. Der vernünftige Teil der Bergarbeiterchaft wird dies wohl erkannt haben und aus dieser Erkenntnis auch die nötigen Konsequenzen ziehen.

Wer sind die Schuldigen? Die sozialdemokratische Presse ist geradezu toll geworden über den schnellen, elenden Zusammenbruch des Streiks im Ruhrgebiet. Was sie an Gift und Galle gegen die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter im besonderen ausgießt, übersteigt alles bisher Dagewesene. Sie wird es aber mit diesen Leistungen nicht fertig bringen, die wahren Schuldigen vor den Augen der denkenden Leser zu bergen. Und wir sind der Überzeugung, daß selbst in Kreisen der sozialdemokratischen Gewerkschaften Arbeiter genug anzutreffen sind, die die ganze jämmerliche, verantwortungslos und herabwürdigend im Ruhrrevier der Fall ist, bewachen die zahlreicheren Uebertritte aus dem sozialdemokratischen zum christlichen Bergarbeiterverbände.

Militär, bürgerliche Presse, christliche Arbeiterführer und Gewerkschaften sollen Schuld sein an dem vollständigen Mißlingen einer gewöhnlichen Tat. Gut, angenommen, es wäre so! Aber sind die sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände so unglücklich zuzuschlagen, daß sie den Gang der Dinge nicht voraussehen konnten?

Sind sie wirklich so naiv gewesen, zu glauben, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, das Vorgehen, die Regierung und die Unternehmer würden ruhig still halten bei dem Generalstreik und dem Terrorismus der Genossen? Die Verteidigungsversuche der roten Presse sind ein Armutszeugnis für die sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandsführer, eine offene Klarlegung der ganzen Jämmerlichkeit und Gewissenlosigkeit ihrer Streikstrategie. Keine Verbandoberleitung, die es gewissenhaft mit ihrer Stellung und ihrer Aufgabe nimmt, würde einen Streik beschlossen haben unter so ungünstigen Verhältnissen, wie sie in diesem Falle lagen. Das sozialdemokratische Verbandsorgan hat sich über die elementarsten Regeln der gewerkschaftlichen Taktik hinweggesetzt, hat eine heillosen Wagnis unternommen und kurzschichtig an den Tag gelegt. Es ist nicht selbst, nur ein Drittel der Arbeiter ist organisiert, die ganze Widerheit erklärt sich gegen den Streik, die Desaffektierung sympathisiert nicht mit den Streikenden, die „Freiwilligen Verbände“ selbst haben ihre Mitglieder nicht im Land — wo ist eine gewissenhafte Verbandoberleitung, die unter solchen Umständen einen Kampf von ungeheurer Tragweite auf sich nehmen mag?

Unlängst noch hat die eine Versammlung erklärt, daß eine größere Aktion der Bergleute nicht möglich sei ohne den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter. Trotz dieser Einsicht hat die gegen den Willen des Gewerkschafts, gegen den Willen weiterer Kreise seiner eigenen Mitglieder, die Bergleute in einen Streik. Wahrhaftig, unverantwortlicher ist noch nie mit Arbeiterinteressen umgesprungen worden.

Die sozialdemokratische Presse nimmt es dem Gewerkschaften sehr übel, daß er nach behördlichem und sogar nach militärischem Schutz gerufen habe. Ja, meint denn diese Gesellschaft, die christlichen Bergarbeiter müßten es sich ruhig gefallen lassen, wenn sie von sozialdemokratischen Terroristen und von allerhand Fanagel zum Streiken gezwungen, verhöhnt, verpöbeln und verspottet werden? Ist die rote Presse wirklich so naiv, das zu glauben?

Dann ist das jämmerliche sozialdemokratische Verlegenheitsgeschimpfe auch nur eine Entlarbung all der grenzenlosen Schwindeleien der sozialdemokratischen Verbandoberleitung und ihrer Presse. Dienstage berichtet diese, daß die Behauptungen bürgerlicher Blätter, der Streik nehme ab, „erstunken und erlogen“ seien. Die Sache stände gut für die Streikenden, der Kampf nehme an Umfang zu. Es herrsche überall begeisterte Kampfstimmung. An demselben Tage muß der Kampf bedingungslos abgebrochen werden, weil die Zahl der Arbeitswilligen um viele Tausend zugenommen hat. Das ist sozialdemokratische Ehrlichkeit.

Schließlich noch eins. Die sozialdemokratische Presse spöttelt so oft über die „Bedeutungslosigkeit der Christlichen“. Siegt in dem sozialdemokratischen Gebelle über den verlorenen Streik nicht eine ungewollte Anerkennung der Macht der christlichen Gewerkschaften? Nicht bloß im Ruhrgebiet bringen die Genossen nichts fertig ohne die „bedeutungslosen Christlichen“. Und aus dem verkrachten Streite und seinen Begleiterseinerungen wird die Sozialdemokratie die Lehre ziehen müssen, daß es bei dem gewerkschaftlichen Kampfe nicht allein ankommt auf das zahlenmäßige Gewicht der Mitglieder, da können auch noch andere, ungleich stärkere Kräfte angeführt werden, die den Sieg oder den Verlust eines Kampfes herbeiführen. Wo da die große Macht liegt, bei den „Freien“ oder bei den christlichen Gewerkschaften, hat der Streik im Ruhrgebiet mit all seinen Begleiterseinerungen klar gezeigt.

Das Spielzeug in der deutschen Arbeiterbewegung. In einer Versammlung im Ruhrrevier bezeichnete Kollege Stegerwald die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften so recht treffend als „das Spielzeug in der deutschen Arbeiterbewegung“. Er nahm dabei Bezug auf die Haltung des Hirsch-Dunder'schen Gewerkschafts der Bergarbeiter und auf die Stellung, die das Hauptorgan der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften in der Bergarbeiterbewegung einnimmt.

Es ist wirklich eine sonderbare Sache mit diesen Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften. Ihre Organisation der Bergarbeiter trotzelt getreulich hinter dem sozialdemokratischen Verbands her. Sie hat sich von dem roten Verbände einsperren lassen, um den sozialdemokratischen Kammern mit dem bürgerlichen Organisationsbüros dieses Spiel nicht durchschaute, ist gerade kein Beweis für besondere Schläue und kluge Strategie. Dabei sucht dieses Verbändchen seinen sozialdemokratischen Verbänden an Radikalismus zu übertreffen. Leicht erklärlich. Man kann ja immer im Gewerkschaftsleben die Beobachtung machen, daß diejenigen Verbände am lautesten schreien und sich als die kouragiertesten zu gebärden pflegen, die nichts zu gewinnen, aber auch nichts zu verlieren, die überhaupt keine Verantwortung zu tragen haben. Denn der ganze Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaft der Bergarbeiter soll im Ruhrrevier sage und schreibe vierhundert Mitglieder besitzen.

In der Bewegung selbst spielte das Verbändchen eine geradezu trostlose und jämmerliche Rolle. Er wurde mit auf den Gewerkschaften gehen, in den Versammlungen den Mund mal recht weit aufreißen, seinen Namen unter die öffentlichen Kundgebungen setzen — im übrigen machte der Alte Verband alles. Einen Einfluß auf den Gang der Dinge hat der Hirsch-Dunder'sche Gewerkschaft der Bergarbeiter nicht im geringsten gehabt. Die Verantwortlichkeit für den Verlauf der Dinge liegt

Notiz... Wahrhaftig, wie sich dieser Gewerkschaftsbund... die Selbstachtung besitzt, die Vertrauen und Achtung innerhalb der Arbeiterchaft genießt und auch der weiteren Öffentlichkeit gegenüber ernst genommen sein will, einfach unwürdig.

Ueber die tieferen Ursachen und den voraussichtlichen Ausgang des Kampfes, über seine volkswirtschaftliche Tragweite, haben die Führer des H.-D. Gewerkschaftsbundes nie nachgedacht. So mühten sie denn auch erleben, daß sie im Reichstage von ihren eigenen politischen (liberalen) Gefinnungsgenossen fallen gelassen wurden. Und selbst die „Hilse“, das Organ der Linksliberalen, das stets für die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften so warm eingetreten ist, muß bekennen, daß der Zeitpunkt des Kampfes nicht glücklich gewählt war, denn während es der scharfen englischen Konkurrenz während früherer deutscher Kohlenkonflikte leicht gelang, wichtige Absatzgebiete der rheinisch-westfälischen Grubenbezirke an sich zu reißen, ist sie jetzt selbst zur Untätigkeit verurteilt und kann nicht schaden. Die Lage der Bezirke ist also günstiger als etwa 1905 beim letzten großen Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier.

Nun ist der Kampf zusammengebrochen. Inbezug auf den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter heißt es jetzt auch: Mit gegangen, mit gefangen — und mit gegangen. Wie jämmerlich muß sich doch jetzt die Leitung dieses Verbandes vorkommen.

Köstlich illustrierte Kollege Stegerwald in der eingangs genannten Versammlung auch die Haltung des „Gewerkschaftsbundes“, des Hauptorgans der H.-D. Gewerkschaften. Es „nimmt zu dem Ruhrbergarbeiterstreik eine Stellung ein, daß man glauben möchte, man habe es mit wild gewordenen Vierphälstern, anstatt mit ernsthaften nationalen Arbeiterführern, zu tun. Wenn zwei bis drei Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften von Sozialdemokraten terrorisiert werden, dann veröffentlicht das Hauptorgan der erstere lange Protestartikel. Gilt es dagegen, einmaleine große Aktion durchzuführen, durch die der Einfluß und Terror der politischen Sozialdemokratie und des Anarcho-Sozialismus auf einem wichtigen Bestandteil der deutschen Gewerkschaftsbewegung gebrochen werden soll, dann trotteln die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften getreulich den Sozialdemokraten nach. Ein sehr großer Teil der Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bekann sich politisch zur Sozialdemokratie; sozialdemokratische Abgeordnete haben bei der letzten Wahl den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften für geleistete Wahlhilfe öffentlich ihren Dank ausgesprochen. Auf gewerkschaftlichem Gebiete haben die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften seit Jahren keine besonderen Leistungen mehr aufzuweisen. Die Frage ist daher berechtigt: Welche Mission erfüllen denn eigentlich noch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften heute in der deutschen Arbeiterbewegung? Die Stunde rückt immer näher, in der sie sich zwischen christlicher und sozialdemokratischer Gewerkschaftsbewegung entscheiden müssen.“

Der Ausbau des Arbeiterrechts ist nach Professor Dr. Franke eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Zukunft. In einem Artikel in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 19, 1912) über die Aufgaben des neuen Reichstages schreibt der genannte Sozialpolitiker:

„Die Tarifverträge gilt es zu erweitern und zu kräftigen, die Schädlinge, wie monopolistische Herrschaftsgelüste und Unterdrückung der Minderheiten, auszurotten, das innere Leben gesunder Vertragspolitik zu stärken und ihren Geltungsbereich auszubauen. Mag es zurzeit auch noch zu früh sein, die in der Entwicklung begriffene Neugestaltung des Arbeitsvertrages, der in dem Boden der Gleichberechtigung und dem Verhandlungsprinzip wurzelt, in die festen Formen des Gesetzes zu gießen, so werden doch die wichtigsten Rechtsfragen nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung verschwinden. Und gleichen Schritt wird damit die Diskussion über den Ausbau des Einigungswesens gehen, das Arbeitskampfen vorbeugt oder sie im Entstehen löschet. Dabei wird man erkennen, daß eine freiheitliche Regelung des Rechts der Berufsvereine sowohl für die Arbeitgeberorganisationen wie auch für die Arbeitgeberverbände sich als nötig erweist.“

Die Schädlinge der Tarifentwicklung, insbesondere die sozialdemokratischen Arbeitsmonopole, auszurotten, ist im Interesse der Allgemeinheit zu einer bringenden Notwendigkeit geworden. Ob dies durch Eingriffe der Gesetzgebung geschehen kann, soll hier nicht untersucht werden. Es würde aber schon viel erreicht sein, wenn die gesamte öffentliche Meinung gegen diese Zwangsverträge einmütig Stellung nähme, wenn sich insbesondere die Unternehmer in der Praxis in dem Gedanken einig wären, der sozialdemokratischen Gewaltpolitik und Alleinherrschaft geschlossenen Widerstand entgegen zu setzen.

Der Jammer der „freien“ Gewerkschaften. Der „Grundstein“, das Organ des sozialdemokratischen Bauernverbandes, kehrt wieder auf ob des Jammers, in den die „freie“ Gewerkschaftsbewegung durch die Veränderung mit der sozialdemokratischen Partei gekommen ist. Rosa Luxemburg hat unlängst — unter Zustimmung ihrer Parteifreunde — die sozialdemokratischen Massen zu einer „entschiedenen Klassenbewußten Tat“ aufgerufen. Sie habe sich herausgestellt, daß „nur ein freischöplicher revolutionärer Sturm die Arbeiterchaft zum Siege führen kann“. Darum rufe sie die Massen auf die Straße zur Demonstration für den Achtstundentag, Abschaffung aller Steuern und indirekten Steuern, für das Witzigste und andere Dinge mehr. Das hat die „Grundstein“-Redaktion ganz unglücklich gemacht. Sie schreibt (Nr. 11, 16. März 1912):

„Wir können schon darum nicht dazu schweigen, weil unsere Organisationen, unsere Gewerkschaften die Folgen einer solchen Aufpeitschung der Gemüter und Verwirrung der Köpfe zu tragen haben. Das ganze, der Wirklichkeit abgewandte Wesen dieser Propaganda, wovon die Luxemburgischen Reden und Artikel nur den Gipfel darstellen, ist der Grund, auf dem die Schwierigkeiten wachsen, ohne die heute kaum noch eine Lohnbewegung größeren Stils durchgeführt werden kann. Soweit dies letztere Uebel — die inneren Kämpfe in den Gewerkschaften bei den Lohnbewegungen — eine psychologische Wurzel hat, ist diese Propaganda deren Nährboden. Und dann erheben wir Protest dagegen.“

Und weiter nimmt sich die „Grundstein“-Redaktion das Recht dazu her, die Rosa abzubüchsen, weil die „freien“ Gewerkschaften in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung suchen, sie unterstützen die Parteitagitation, würden für ihre Presse und Organisation.

Die Leute innerhalb der Partei werden mit kaltem Lächeln und einigen bösen Worten über diesen Klageruf des „Grundstein“ hinweggehen. Die Radikalen werden weiter in den Versammlungen und in der Presse ihre Löhne anfechten und dadurch den „freien“ Gewerkschaften den Boden unter den Füßen immer heißer machen. So werden die Schwierigkeiten wachsen, ohne die heute kaum noch eine Bewegung größeren Stils durchgeführt werden kann. Man braucht nur auf das Ruhrrevier hinzuweisen, um zu zeigen, wie sehr von den Parteimitgliedern und einem Teile der „freien“ Gewerkschaftsbewegung selbst dieser der Boden unter den Füßen immer lockerer gemacht worden ist. Einige Gewerkschaftsblätter murren wohl, haben sich schließlich aber darein zu fügen. Das ist der ganze Jammer der „freien“ Gewerkschaften.

Entgegengesetzte Pole. In der „Gleichheit“, dem Organ der sozialistischen Frauen, bringt Rosa Luxemburg zu Ehren der Märzgefallenen der Pariser Kommune einen phrasenhaften, blutrünstigen Artikel. Die „rote Rosa“, die Sprecherin der radikalsten Richtung in der Sozialdemokratie, kündigt da erneut allen bürgerlichen Parteien wie auch der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Kampf bis aufs Messer an. Sie will nichts wissen von einem Pakt weder mit dem einen noch mit dem andern dieser beiden Faktoren:

„Es gibt keinen Platz für die politische Herrschaft des Proletariats innerhalb der Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung; es gibt aber auch keine Möglichkeit, diese Bedingungen abzuschaffen, bis sie nicht ihre Reife erreicht haben. Nicht in luftigen Träumen von einer politisch ausschlaggebenden Stellung im heutigen Staate, dank irgend einer plötzlichen Wendung der Umstände, kann die Arbeiterchaft ihre Sache verfolgen, sondern lediglich in ständiger revolutionärer Opposition gegen diesen Staat.“

Eine direkt entgegengesetzte Ansicht vertritt der bekannte Revisionist Schmidt in den „Sozialistischen Monatsheften“. Er bezeichnet die eventl. Weigerung der sozialdemokratischen Partei, mit anderen ihr nächstehenden Parteien eine Regierungsmehrheit zu bilden, nur um als Todesstoß der bürgerlichen Gesellschaft jedwede Verantwortung für die bürgerliche Gesetzgebung abzulehnen, als reaktionär. Dieser Laizität einer Regierungsmehrheit unter allen Umständen fernzubleiben, jede Teilnahme an der Exekutive (Regierung) und jede Verantwortung für die Gesetzgebung und Verwaltung abzulehnen, um jeder bürgerlichen Regierung gegenüber in Opposition stehen zu können, wäre verständlich und vielleicht richtig, wenn die sozialistische Partei Lust hätte, in nächster oder nicht fernher Zeit die große Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite zu haben und die Mehrheit in den Parlamenten und die politische Macht überhaupt zu erhalten. Diese Aussicht bestehe nicht.

Interessant sind auch die weiteren Ausführungen Hühners über den Einfluß einer eventl. sozialistischen Regierung auf den Gang der Dinge. Eine solche könnte nach seiner Ansicht, auch wenn sie die große Mehrheit des Volkes hinter sich hätte, an der kapitalistischen Produktionsweise gar nichts ändern.

„Die sozialistische Produktionsweise“, sagt er, „kann nur das Resultat einer langen, viele Generationen dauernden Entwicklung sein. Eine sozialistische Regierung könnte diese Entwicklung zwar fördern, aber in der ganzen Zeit, solange die kapitalistische Produktionsweise noch nicht abgelöst hat, bleibt die kapitalistische, die bürgerliche Gesellschaft trotz sozialistischer Parlamentsmehrheit und Regierung bestehen, wie es in Australien der Fall ist. Und die sozialistische Regierung müßte bürgerlich, kapitalistisch regieren, das heißt, den kapitalistischen Unternehmern alle die Sicherheiten und Garantien bieten, die notwendig sind, um die Betriebe aufrecht zu erhalten. Andernfalls würde die Produktion plötzlich stillstehen, und was dann käme, wäre alles andere, nur nicht eine sozialistische Gesellschaft. Aus dem Boden läßt sich keine neue Produktionsform kumpfen, sondern nur in langer Arbeit allmählich zur Entfaltung bringen.“

Der Standpunkt Edmund Hühners, der übrigens schon öfters an den Revolutions- und Zukunftsstaatsphantasereien der Sozialdemokratie scharfe Kritik geübt hat, ist mit jenem der Rosa Luxemburg unvereinbar. Die Auffassungen beider sind charakteristisch für die in der Sozialdemokratie klaffenden prinzipiellen Gegensätze. Auf die Dauer werden sich diese kaum überbrücken lassen.

Ein sozialdemokratischer Zwangsarbeitsschleis. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben es geschafft verstanden, die Entlohnung des Tarif- und Arbeitsnachweisweisers rückwärts zu schieben. In zahlreichen Fällen sind die Nachweise zu Arbeitsregelungsinstituten für die christlich organisierten Arbeiter in den Händen der Gewerkschaften geworden. Jetzt wird aus Düsseldorf ein Fall gemeldet, wo der sozialdemokratische Holzarbeiterverband einen Inhaber eines Betriebes von 750 Arbeitern

gezwungen hat, nur solche Leute einzustellen, die durch den Arbeitsnachweis des sozialdemokratischen Verbandes vermittelt worden sind. In einem Schreiben des Firmenvertreters (Gehr. Schönborff Altkriegsgehilf) an das Sekretariat des christlichen Holzarbeiterverbandes heißt es:

„Tatsache ist . . . daß die bei uns beschäftigten Leute in einer Versammlung beschlossen haben, nur mit Leuten, die durch den Arbeitsnachweis des deutschen Holzarbeiterverbandes vermittelt seien, zu arbeiten. Tatsache ist, daß ein Mann, der eingekauft war, ohne die Vermittlung des deutschen Holzarbeiterverbandes, von den bei uns beschäftigten Leuten herausgedrängt worden ist.“

Der Beamte des christlichen Holzarbeiterverbandes nahm Gelegenheit, bei der Firma vorstellig zu werden, um den Sachverhalt noch genauer festzustellen. Der Firmenvertreter Schönborff erklärte jedoch, daß sich an dem Beschluß des deutschen Holzarbeiterverbandes nichts ändern lasse, es sei nun einmal so, daß er sich dem Willen seiner Arbeiter (dies: dem Willen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes) fügen müsse, wenn er auch, wie es in dem Schreiben schon mitgeteilt sei, jedem das Recht der freien Betätigung zuerkenne.

Solche Fälle rücksichtsloser Vergeivaltigung sind bei den sozialdemokratischen Verbänden nicht selten. Die christlichen Gewerkschaften müssen diese Dinge stetig im Auge behalten und sie — wie zu einer gesetzgeberischen Aktion bewerten.

Aus unserer Industrie.

Die Juteindustrie im Jahre 1911.

Wie alle Zweige der Textilindustrie, kann auch die Juteindustrie auf das verfloßene Jahr nicht mit Befriedigung blicken, da es große Schwierigkeiten gebracht hat und die guten Ergebnisse der Vorjahre in den meisten Betrieben nicht erreicht werden konnten. Da die Beschäftigung eine genügende war, so liegt der einzige Grund für diese Erscheinung darin, daß die Spannung zwischen Rohmaterial- und Verkaufspreisen eine so geringe war, wie sie es seit mehr als 20 Jahren nicht gewesen ist. Die Veranlassung zu dieser unbefriedigenden Marktlage entspringt aus verschiedenen Ursachen; teils hatte sie ihren Grund in einer durch die Regierungsgeschäftung in dem Ursprungslande, in Indien, nicht richtig beurteilten Ernte, teils wohl auch in einer ziemlich stark einsetzenden Spekulation und in einem ganz minderwertigen Qualitätsausfalle dieser Ernte, vor allem aber in einer außerordentlich großen Uebersproduktion in Jutefabrikaten in Indien. Die Preise für Rohjute waren großen Schwankungen unterworfen, sie stiegen auf Grund unsicherer Schätzungen der Ernte in den Hauptmärkten von 15 Pfd. St. pro Ballen auf 27 Pfd. St., um dann wieder auf 17 Pfd. St. herunterzusinken und Ende des Jahres erneut auf 20 Pfd. St. zu steigen. Alle diese ungünstigen Momente haben dazu beigetragen, daß die ausländische, insbesondere die indische und die schottische Industrie mit sehr unbefriedigenden Resultaten im verfloßenen Jahre rechnen mußte. In Wirklichkeit ist aber die Rente dieser Fabriken schon seit mehreren Jahren dauernd zurückgegangen; soweit sich die offiziellen Ausweise verfolgen lassen, betragen z. B. die Durchschnittsdividenden von 34 indischen Jutejuteverarbeitungs- und -webereien in den Jahren

Jahr	1907	1908	1909	1910	1911
Dividende	10,51	7,65	6,55	5,09	1,59 (II)

Ohne allen Zweifel liegt der Hauptgrund dieser ungünstigen Rente in der kolossalen Vergrößerung dieser Fabriken, und zwar in wenigen Jahren um ein Mehrfaches der bisher vorhandenen Einrichtungen, die dem Weltkonsum weit vorausgeeilt ist. Die Veranlassung zu dieser scheinbar unverständlichen hohen Produktion hat ein Gesetz gegeben, das schon seit Jahren in Aussicht stand, aber von der indischen Regierung erst für den 1. Juli 1912 in Wirksamkeit gesetzt wird. Dieses Gesetz verbietet den Jutebetrieben die Nachtarbeit, die seit langer Zeit in Indien in Anwendung stand, so daß nur noch am Tage gearbeitet werden darf. Mit Aufhebung dieser Maßregel wird nun die indische Industrie um mehr als die Hälfte ihrer Leistungsfähigkeit beraubt und sie ist selbstverständlich schon seit Jahren bestrebt gewesen, durch Vergrößerung der Fabriken diesem Ausfalle vorzubeugen. Diese Vergrößerungen konnten aber nur mit größter Schwierigkeit ihre Produktion absetzen, drückten daher sehr stark auf die Verkaufspreise, wovon wieder die gesamte europäische Industrie getroffen wurde.

Es muß als ein Beweis besonderer Widerstandskraft angesehen werden, daß die deutsche Juteindustrie bei weitem nicht in dem Maße unter diesen unangenehmen Ereignissen zu leiden hatte, wie z. B. die schottische Konkurrenz. Es ist allgemein bekannt, daß die deutsche Juteindustrie einen Schutz Zoll genießt, um sich bei normalen Verhältnissen gegen den Ansturm vom Auslande her zu sichern. Dieser leider sehr begrenzte Schutz kann in solchen schwierigen Jahren wie in den verfloßenen nur mit Mühe verhindern, daß die ausländische Konkurrenz in das Land hereinkommt. Es wird also den deutschen Juteindustriellen durchaus nicht leicht gemacht, ihre Position gegenüber dem Auslande zu wahren.

Daß die deutsche Juteindustrie von den Schwierigkeiten des verfloßenen Jahres verhältnismäßig wenig betroffen wurde, ist unstreitig dem Willen des Verbandes deutscher Juteindustrieller zuzuschreiben, dem, bis auf wenig Ausnahmen, die gesamte Juteindustrie Deutschlands angehört. Der Verband hat es verstanden, die Preise den Bewegungen des Rohjuteamarktes unter Berücksichtigung der ausländischen Konkurrenz in der richtigen Weise anzupassen und es dadurch der deutschen Juteindustrie zu ermöglichen,

den Gefahren des verfloffenen Jahres zu begegnen. Er hat es allerdings nicht vermeiden können, daß die Verdienstmöglichkeit ungünstiger war als in den vorhergehenden Jahren, und wohl jede deutsche Futeipinnerei und -weberei hat mit erheblich niedrigeren Gewinnziffern zu rechnen gehabt als in den Vorjahren. Wengleich dies auch nicht allenthalben in der Dividende zum Ausdruck gekommen ist, da einige, besonders die älteren Fabriken genügend innere Reserven angesammelt haben, um ihre Dividendenreihen nicht unterbrechen zu müssen, hier und da wohl auch ein Wert durch glückliche Einkäufe von den Schwankungen des Marktes nicht so betroffen worden ist wie die Mehrzahl, so ist doch der Gewinn erheblich geringer als in den Vorjahren gewesen, und das ist nach Schilderung der Verhältnisse auch ganz natürlich: es ist tatsächlich eben unmöglich gewesen, der ungünstigen Lage des Weltmarktes auszuweichen.

Seit einigen Monaten hat sich nun die Situation erheblich gebessert. In Kalkutta arbeitete man zeitweise nur vier Tage in der Woche, und neuerdings hat man sich bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 1912 auf eine Arbeitszeit von 5 Tagen pro Woche geeinigt; die Ueberproduktion ist damit heute überwunden. Der Schaden hat die Menschen klug gemacht, aber erst, nachdem Millionen verloren waren. Ohne allen Zweifel ist aus dieser Konstellation für die europäische Futeindustrie, also auch für die deutsche, für die nächsten Jahre eine Zeit der ruhigen und stetigen Entwicklung zu erwarten, der auch die entsprechenden Verdienste folgen werden. Die Gefahren, die dem verfloffenen Jahre durch den Ansturm der ausländischen Konkurrenz drohten, werden nicht zu erwarten sein, und, wie die Tatsachen liegen, sind die noch vor einem halben Jahre bestehenden großen Lager von Futewaren verschwunden; es ist infolgedessen schon heute ein erhebliches besseres Verhältnis zwischen Rohmaterial und fertigen Produkten zu verzeichnen als im verfloffenen Jahre. Der deutsche Futeverband ist bis zum Jahre 1915 fest geschlossen, und es ist nur zu wünschen, ja, man kann sagen, es ist eine unabweisbare Notwendigkeit, daß unter seiner Leitung auch am Ende dieser Periode von neuem ein Zusammenfluß auf lange Zeit hinaus erreicht wird. Da bei weitem die Mehrheit der deutschen Futebetriebe Aktiengesellschaften sind, die ohne Ausnahme gut und solid fundiert sind, so ist auch zu hoffen, daß die stabilen Verhältnisse sich auf lange noch erhalten. Die gute finanzielle Position, die bereits vorgenommenen hohen Abschreibungen, die gegenüber heutigen Baukosten und Maschinenpreisen sehr niedrigen Anschaffungswerte der bestehenden Fabriken, die allenthalben angesammelten hohen Reserven sind Momente, die den im deutschen Futeverband vereinigten Aktiengesellschaften auch eine sehr starke Position etwaigen Neugründungen gegenüber sichern. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß sich Kapitalisten finden würden, die bei dieser Sachlage ihr Geld durch Neugründung von Futeipinnereien riskieren möchten, um so weniger, als bei der großen Leistungsfähigkeit der bestehenden Fabriken keinerlei Bedürfnis dazu vorliegt; es sind daher ohne Zweifel die Aussichten der deutschen Futeindustrie wohl als günstig zu bezeichnen, und es ist nur zu hoffen, daß Erschütterungen wirtschaftlicher und politischer Art fern bleiben, um diese recht befriedigende Lage nicht zu beeinträchtigen.

Verdrängung deutscher Textilwaren aus den deutschen Kolonien.

Bedeutende Kolonialländer, wie beispielsweise England und Frankreich, genießen bei der Einfuhr von Waren in die Kolonien sogenannte Vorzugszölle, die der Ware des Mutterlandes gegenüber der fremdländischen eine größere Konkurrenzmöglichkeit sichern soll. Für den Absatz englischer Waren in den großen und vielen englischen Kolonien ist das von außerordentlicher Bedeutung. In den deutschen Kolonien sind die Verhältnisse noch nicht so entwickelt, daß auch unsere Waren ein solcher Vorzugszoll bei dem Uebersteigen der kolonialen Grenzen gewährt wäre. Das hat zur Folge, daß unsere deutschen Textilwaren in unseren eigenen Kolonien von denen fremder Länder wiederkontrolliert werden. Das hat kürzlich in der Leipziger Handelskammer zu einem anerkannten Vorgehen geführt. Anlaß dazu gab ein Antrag aus Kreisen der Textilfabrikation, der Einfuhr der deutschen Textilwaren, insbesondere Trikotwaren, in unseren Kolonien einen besonderen Schutz zu gewähren, weil dort andere Länder die deutsche Ware von Jahr zu Jahr mehr zurückdrängten, und zu befürchten steht, daß die deutschen Erzeugnisse schließlich ganz vom afrikanischen Markt verschwinden würden. Gründe für diese Erscheinung seien einerseits die wesentlich billigeren Arbeitslöhne des Auslandes, das keine soziale Gesetzgebung hat, dann aber auch die kürzere Entfernung des Produktionsgebietes vom Absatzgebiete. Eine Umfrage der Leipziger Handelskammer hatte ergeben, daß in ihrem Bezirk ein wesentlicher Export von Trikotwaren nach den deutsch-afrikanischen Kolonien zwar nicht stattfindet, daß aber unter denselben Erscheinungen die deutsche Konkurrenzfähigkeit auch anderer Branchen in unseren sowie fremden Kolonien stark abnimmt. Es wurde festgestellt, daß in Indien und im Orient die Spanier, Italiener und Holländer einen großen Teil der deutschen Warenlieferungen durch Unterbietungen an sich gerissen haben, z. B. wurde von diesen Ländern um 20 Prozent billiger geliefert als aus Deutschland, wo früher die Hälfte in diesem Artikel den Weltmarkt beherrschte. Auch baumwollene Garne, Linsen, Hüte, Seidenzeuge usw. würden vom Ausland um 10 bis 25 Prozent billiger geliefert als von Deutschland. Fast alle deutschen Fabriken hätten daher die Ausfuhr billiger Textilartikel ganz aufgegeben und sich auf den Export besserer Sorten beschränkt. Ein Schutz für unsere Industrie ist notwendig.

deutschen Kolonien werde von den befragten Firmen dringend verlangt. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution beantragt:

„Die Handelskammer Leipzig hält angelehnt der Vorzüge und Begünstigungen, die eine Reihe von Staaten für die Einfuhr ihrer Erzeugnisse nach ihren eigenen Kolonien sich ausbedungen haben, für nötig, daß die deutschen Handelskammern im Hinblick auf die Klagen einzelner Industriezweige über Verdrängung ihrer Waren aus den deutschen Kolonien unter Führung des Deutschen Handelstages in Erörterung darüber eintreten, ob auch Deutschland den gleichen Weg beschreiten soll, gegebenenfalls unter Gewährung entsprechender Vergünstigungen für die Erzeugnisse der deutschen Kolonien beim Eingang in Deutschland. Ein gleiches Vorgehen wird sich für die sächsischen Handelskammern und ihre Vereinigung, den Sächsischen Handelskammertag, empfehlen.“

Die Kammer genehmigte einstimmig die Annahme dieser Resolution und ihre Absendung an den Deutschen Handelstag und den Sächsischen Handelskammertag.

Ausfuhr von wollenen Waren und Garnen aus Großbritannien und Irland im Jahre 1911.

Der amtlichen englischen Statistik über die Ausfuhr von wollenen Waren und Garnen aus Großbritannien und Irland im Jahre 1911 entnehmen wir die folgenden Ziffern:

(Millionen von Lire und Dezimalen darstellend, 1 Lire = 20,40 Mark.)

Waren und Garne	1911	1910	1909	1908	1907	1906	1905	1899	1895
nach Deutschland und Holland	7,9	7,9	6,5	6,1	7,6	6,8	4,5	6,0	6,2
Frankreich und Belgien	2,7	2,7	2,5	2,4	2,7	2,8	2,6	3,2	3,3
Vereinigten Staaten	1,2	1,7	1,5	1,0	1,4	1,5	1,0	1,2	0,8
Südamerika	2,8	2,9	2,2	2,1	2,3	2,1	1,0	1,5	1,2
Australien und Kanada	5,3	5,2	4,5	3,7	4,6	4,1	2,8	2,4	1,9
Indien, China und Japan	2,5	2,5	1,7	2,0	2,9	3,0	1,5	1,4	1,2
andere Länder	11,9	11,2	8,9	8,5	9,2	8,0	6,3	6,8	6,2
Gesamtausfuhr (auswärtigen in Ru den Durchschnittswerten in 1891/1900)	34,5	34,1	27,5	25,8	30,7	28,3	19,5	21,5	27,0

Aus der deutschen Textilindustrie.

Der von den Interessenten sehnlichst erwartete Aufschwung in der Textilbranche ist im Allgemeinen noch nicht eingetreten. Wenn auch einzelne Zweige, so vor allen Dingen die Baumwollindustrie, mehr zu tun haben und bessere Preise als bisher durchzusetzen in der Lage sind, ist doch die Textilbranche im ganzen im neuen Jahr bisher wenig vom Glück begünstigt gewesen.

Die bei Beginn des Jahres von den maßgebenden überseeischen Wollmärkten und auch aus London vorliegenden Berichte über die Geschäftslage in diesem Nachhast lauteten nicht ungünstig, und vielfach traten bereits im Januar Preisrückgängen ein, welche jedoch im weiteren Verlauf teilweise Einbußen erfahren haben; nur für das deutsche Produkt haben sich die bisherigen Notierungen im ganzen behaupten können, indessen weniger deshalb, weil starke Kaufkraft vorhanden war, sondern vielmehr aus dem Grunde, weil die Angebote sehr geringfügig und auch für die nächste Zukunft größere Zufuhren zu den Lägern in deutschen Wollen kaum zu erwarten sind.

Das erwartete große Ausfuhr-Geschäft in wollenen und halbwollenen Geweben ist ausgefallen. Der Winter hat die Hoffnungen der Verkäufer von wollenen Kleidungsstücken ebenfalls nicht erfüllt. Nur in Wirk- und Strickwaren war das inländische Geschäft, namentlich in Sportartikeln, flott. Das Exportgeschäft in letzteren befriedigt nicht. Auch in der Teppichfabrikation machte sich ein Nachlassen des Exportgeschäftes geltend. Ebenso werden die Verkaufspreise von den Fabrikanten noch immer als ungünstig bezeichnet. Dasselbe gilt von Möbelstoffen und Decken. Ferner ist eine Aufbesserung der Preislage in der bergischen Textilindustrie, die stark auf den Export angewiesen ist, kaum eingetreten.

Wie bereits angekündigt, hat sich das Geschäft in baumwollenen Garnen und baumwollenen Erzeugnissen weiterhin recht günstig gestaltet. In allen Teilen des Reiches sind nicht nur die Spinner auf viele Monate hinaus ausverkauft, sondern auch die Weber in der angenehmen Lage, ihre Stühle auf geraume Zeit voll, und wie man annehmen darf, auch zu günstigen Verkaufspreisen zu beschäftigen. Wengleich von großem Nutzen weder die Spinner noch die Weber zu berichten wissen, so besteht doch immerhin die Möglichkeit, daß das Jahr 1912 für die Betriebe der Baumwollindustrie in Deutschland und wohl auch in anderen Ländern ein günstigeres werden wird als 1911.

Die Seidenindustrie hatte bisher im neuen Jahre sowohl bezüglich des Absatzes wie der Verkaufspreise mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, erst in der allerletzten Zeit machen sich Zeichen einer Besserung geltend, welche auf der einen Seite die meagre Kaufkraft der inländischen und teilweise auch der ausländischen Kundschaft für seidene Stoffe, auf der anderen Seite aber auch gebesserte Verkaufspreise zu melden wissen. Die Fabrikanten von Samten und Plüsch zeigen noch genügend Beschäftigung zu sein, doch ist selbst in diesem Zweige ein Abflauen der Bestellungen unverkennbar gewesen.

Aus der Leinenindustrie kommen verhältnismäßig befriedigende Berichte. Sehr starke Nachfrage herrschte in den letzten Wochen für Flachsgarne aller Arten. Das Angebot vermag der Nachfrage in diesen Garnsorten nicht zu folgen. Das beweist die Tatsache, daß sowohl in Irland wie in Frankreich die bisher bestehenden Vertriebsbeschränkungen der Flachsgarnspinner aufgehoben werden. Eine durchgreifende Besserung des Geschäftes werden die deutschen Flachsgarnspinner aber erst dann erwarten dürfen, wenn sich die Verhältnisse im russischen Flachshandel genügend gelockert haben; immerhin darf die Lage als günstiger betrachtet werden. In der Leinenweberei haben besonders diejenigen Betriebe, welche

bessere Qualitäten für den Export fabrizieren, recht gute Aufträge in Händen.

In den letzten Wochen sind auch die Preise für Futegarne und Futegewebe erhöht worden; zu den erhöhten Preisen gelang es den Spinnern wie den Webern, größere Aufträge hereinzunehmen. Sollten nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, so darf man wohl der Ansicht zuneigen, daß die Lage der Futeindustrie auch weiterhin befriedigend bleiben wird.

Aus dem Verbandsgebiete. Achtung, Vorstandsmitglieder!

Zur Jugendagitation.

Zur Agitation unter der Jugend stehen den Ortsgruppen gute und gediegene

Jugend-Flugblätter

zur Verfügung. Die Vorstände werden gebeten, die Zahl der gewünschten Exemplare umgehend der Zentralkasse in Düsseldorf mitzuteilen. Die Versendung erfolgt alsdann mit den Verbandszeitungen.

Die Vorstandsmitglieder werden dringend ersucht, von diesen Flugblättern Gebrauch zu machen. Sie werden in der Bearbeitung für die Jugend sehr gute Dienste tun. Mit kollegialem Gruß

Der Zentralvorstand:
J. A. Sistenich.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Die Arbeitslosen-Berichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag, den 30. März das 1. Quartal 1912 zu Ende geht. Die Berichtskarten (gelbe Quartalskarten) müssen spätestens 4 Tage nach Schluß des Quartals, also spätestens am 3. April an die Zentrale abgehandelt werden.

Die Ortsgruppen-Vorstände werden dringend ersucht, ihrerseits dahin zu wirken, daß die Berichterstattung bestimmt und zur richtigen Zeit erfolgt. Mit kollegialem Gruß

Die Zentralkasse.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Dülken.

Eine erfolgreiche Bewegung. Die Firma F. Wolf Sohn in Dülken hatte einem kleinen Teil ihrer Arbeiterhaft den Meterlohn um 10 resp. 5 Pfg. gekürzt. Als die Firma sah, daß die Arbeiter die Kürzung nicht so ruhig hinnahmen, legte sie auf die Einschubartikel 2 Pfg. zu, so daß die Differenz noch 8 resp. 5 Pfg. für das Meter betrug.

Es war dies eine Lohnreduktion bis zu 16 Prozent. Als Grund ihres Vorgehens gab die Firma an, daß sie nicht mehr konkurrieren könne und daß die Arbeiter auf den betreffenden Werken bedeutend mehr verdienten als die anderen Arbeiter. Das letztere gaben sie der Firma zu, entgegneten aber, daß ihre Arbeit dafür auch schwerer sei und daß sie bei den teuren Lebensverhältnissen durchaus keine Lohnreduktion hinnehmen könnten.

Sie wandten sich um Hilfe an ihre Organisation. In Betracht kommt nur unser christlicher Verband; die Kirch-Dünderchen und der „deutsche“ Textilarbeiterverband haben nur ein paar Mitglieder in dem genannten Betriebe. Eine Vermittlung des Bezirksvorsitzenden war zunächst ohne Erfolg; die Arbeiter reichten mit Genehmigung des Zentralvorstandes daraufhin die Kündigung ein. Obwohl ein großer Teil der Belegschaft noch nicht bezugsberechtigt war, versprachen sie doch, mit den anderen Kollegen auszuhalten zu wollen. Während der 14-tägigen Kündigungsfrist konnte keine Einigung mit dem Ausschuss erreicht werden.

Erst am folgenden Tage gelang es dem Bezirksvorsitzenden, eine solche herbeizuführen und zwar auf folgender Grundlage: Die Firma geht in ihrer Lohnkürzung um 8 resp. 3 Pfg. zurück, jedoch noch 2 Pfg. Reduktion gegen früher verbleiben. Die betreffenden Arbeiter erklärten sich, weil die in Frage kommenden Artikel einen bedeutend höheren Verdienst abwerfen als die anderen Artikel, damit einverstanden. Als Ausgleich zahlt die Firma für sämtliche Weber einen Tagelohn von 3,50 M., der früher 3 M. betrug. Die Firma erhöhte zudem den Tagelohn für sämtliche Tagelöhner um 10-15 Pfg. den Tag. Im Laufe dieses Jahres soll eine Vergütung für die Vorrichtungsarbeiten platzgreifen. (Bis längstens nächsten Frühjahr muß dies geregelt sein.) Schließlich verpflichtet sich die Firma, den zu wenig bezahlten Lohn nachzuzahlen.

Die Belegschaft nahm diese Vereinbarung einstimmig an und sprach dem Bezirksvorsitzenden für seine erfolgreiche Vermittlung ihre Anerkennung aus.

Der Firma wurde die Annahme mitgeteilt und die Kündigung geschlossen zurückgezogen.

Zum Schluß sei noch hervorgehoben, daß Herr Direktor Spindler durch sein Entgegenkommen, sowie durch seine ruhigen und sachlichen Darlegungen wesentlich zur Verkündigung mit beigetragen hat. Mögen auch in Zukunft beide Teile beim Austausch von Differenzen sich bemühen, ohne Kampf aneinander vorbeizukommen. Die Arbeiter verhalten hat, wird in diesem Vorfall einen neuen Antriebs geben, die unorganisierten Kameraden von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der christlichen Organisation zu überzeugen und zum Anschluß an den christlichen Verband zu bewegen. Denn vereinzelt vermögen die Arbeiter nichts, vereint sind sie stark.

M.-Glöblich.

Die Arbeiter der Firma ...

Mesum (Münsterland).

Eine erhebliche Lohreduzierung. Mit dem Wieder...

Berichte aus den Ortsgruppen.

Zur Lokalbeitragsfrage.

Die Ortsgruppen des Vogtlandes, Greiz, Langenberg...

ab 1. April 1912 einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro...

Dieser Beschluß wurde in einigen Ortsgruppen mit über...

Die vogtländischen Textilarbeiter gehören zu den schlicht...

finanziell stärken christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Sehen unsere gesamten Mitglieder mit derselben Be...

Frankfurt. In der Monatsversammlung vom 10. März...

Brand. Unsere diesjährige Generalversammlung hatte...

Chemnitz. Ein Akt gewissenloser Sabotage. Die Firma...

Elberfeld. Von hier wird dem „Konfektionär“ geschrie...

nehmen die Textilwaren eine hervorragende Stellung ein...

Bankstadt. Die soziale Bedeutung der Gewerbe...

M.-Glöblich. Dem soeben erschienen ersten Teile des...

Die Hauptursache lag wie im vergangenen Jahre in der...

Auch die Baumwollweberei, Baumwollkardenerei...

Einie in Betracht kommenden Buntgeweben, bedruckt und...

Die in unserm Bezirke neben der Textilindustrie be...

Die Arbeiterverhältnisse gaben in der Textilindus...

Glöblich. Aus dem Jahresbericht für 1911, welchen...

Die Verteilung der Flugblätter, Veranstaltung einer...

Greiz i. Vogtland. Aus dem in der Generalversamm...

Kartoffeln, Eingaben der Arbeitgeberverbände zur Berechnung höherer Löhne...

Am Sonnabend, den 10. März, wurde die Ortsgruppe in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung die Lokalbeitragsfrage...

Münchendorferdorf i. Thüringen. Zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung kamen unsere Kollegen am 12. März zusammen...

Langenberg (Neuß). Etwas besser könnten unsere Mitgliederversammlungen besucht sein, wenn es sich um die Erledigung so tief einschneidender Fragen handelte...

Schaag. Die am 10. März im Lokale des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung erfreute sich eines guten Besuches...

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Gewerbegerichtswahl in Krefeld. In den Tagen vom 11. bis 15. März wurden hier die Gewerbegerichtswahlen getätigt...

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1911. Die Besserung des Arbeitsmarktes, die seit dem Jahre 1909 mit der steigenden Konjunktur einsetzte...

Table with 4 columns: Year, Month, and two unlabeled columns showing data trends.

Das Steigen des Beschäftigungsgrades lassen auch die Einnahmen aus dem Markenverkauf der Landesversicherungsanstalten erkennen...

Table with 4 columns: Year, Month, and two unlabeled columns showing data trends.

Die am 10. März 1912 im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Ebenso lassen auch die in der Zeitschrift 'Arbeitsnachweise' auf ein Anwachsen des Beschäftigungsgrades im Jahre 1911 schließen...

Am 10. März 1912 im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Die am 10. März im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Die aus den bisherigen Jahren hervorgehende Besserung des Beschäftigungsgrades im Vorjahre geht auch aus den Nachrichten der Arbeiterfachverbände über...

Table with 4 columns: Year, Month, and two unlabeled columns showing data trends.

Deutscher wird diese Besserung im Umfang der Arbeitslosigkeit aber erst dadurch erkennbar, wenn man den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit zu den Arbeitstagen aller Mitglieder in den einzelnen Quartalen berechnet...

Table with 4 columns: Year, Month, and two unlabeled columns showing data trends.

Es ist anzunehmen, daß die Besserung auch in diesem Jahre erfolgt.

Versammlungskalender.

- Donn. 31. März, 10 Uhr, Langenbergstr., Berechnung der Vertrauensmänner.
Cottbus. 30. März, im evangel. Vereinshaus.
30. März, Vierteljahrsabrechnung der Vertrauensmänner.
Dierfen. 31. März, 6 Uhr, bei Wihl. Hentgens Generalverf.
Warendorf. 31. März, 10 1/2 Uhr, bei Korders, Klosterstr., gemeinsame Generalversammlung für Warendorf, Sassenberg und Freudenberg.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Joseph Broeuer in Kettens.
Anton Theissen in Hehn.
Leonard Hungs in Aachen-B.
Adrian Donischall in Mülhausen Els.
Paul Kaps in Ullersdorf.
Johann Brüll in Eupen.
Ehre ihrem Andenken!

Kopieren und Kalkulation der Webwaren... Die Grundlagen der genannten Gebiete vermittelt die Schrift kurz aber gut...

Das Steigen des Beschäftigungsgrades lassen auch die Einnahmen aus dem Markenverkauf der Landesversicherungsanstalten erkennen...

Die am 10. März 1912 im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Ebenso lassen auch die in der Zeitschrift 'Arbeitsnachweise' auf ein Anwachsen des Beschäftigungsgrades im Jahre 1911 schließen...

Die aus den bisherigen Jahren hervorgehende Besserung des Beschäftigungsgrades im Vorjahre geht auch aus den Nachrichten der Arbeiterfachverbände über...

Die am 10. März im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Die aus den bisherigen Jahren hervorgehende Besserung des Beschäftigungsgrades im Vorjahre geht auch aus den Nachrichten der Arbeiterfachverbände über...

Die am 10. März im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Die aus den bisherigen Jahren hervorgehende Besserung des Beschäftigungsgrades im Vorjahre geht auch aus den Nachrichten der Arbeiterfachverbände über...

Die am 10. März im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Die aus den bisherigen Jahren hervorgehende Besserung des Beschäftigungsgrades im Vorjahre geht auch aus den Nachrichten der Arbeiterfachverbände über...

Die am 10. März im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Die aus den bisherigen Jahren hervorgehende Besserung des Beschäftigungsgrades im Vorjahre geht auch aus den Nachrichten der Arbeiterfachverbände über...

Die am 10. März im Lokal des Herrn Hermanns stattgefundene Arbeiterversammlung...

Die aus den bisherigen Jahren hervorgehende Besserung des Beschäftigungsgrades im Vorjahre geht auch aus den Nachrichten der Arbeiterfachverbände über...

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Der traurige Ausgang der Tragödie im Ruhrbergbau.
Der Bergarbeiterstreik vor dem Forum des Reichstages.
Wem galt der Kampf?
Nach dem Wahltag.
Allgemeine Rundschau: Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge.
Führung der öffentlichen Meinung durch die Gelben.
Die Verluste der Volkswirtschaft durch den Bergarbeiterstreik.
Wer sind die Schuldigen?
Das Spielzeug in der deutschen Arbeiterbewegung.
Der Ausbau des Arbeiterrechts.
Der Jammer der 'freien' Gewerkschaften.
Entgegengesetzte Pole.
Ein sozialdemokratischer Zwangsarbeitsnachweis.
Aus unserer Industrie: Die Guteindustrie im Jahre 1911.
Verdrängung deutscher Textilwaren aus den deutschen Kolonien.
Ausfuhr von wollenen Waren und Garnen aus Großbritannien und Irland im Jahre 1911.
Aus der deutschen Textilindustrie.
Aus dem Verbandsgebiete: Achtung, Vorstandsmitglieder!
Arbeitslosen-Versicherung.
Sozialbewegung und Arbeitsfreitigkeiten.
Dülken.
M.-Stadbach.
Mesum (Wünstertal).
Verichte aus den Ortsgruppen: Zur Lokalbeitragsfrage.
Bramsche.
Brand.
Chemnitz.
Aberfeld.
Gaußdorf.
M.-Stadbach.
Glückhau.
Greiz u. Roggland.
Münchendorferdorf i. Th.
Langenberg (Neuß).
Schaag.
Volkswirtschaftliches und Soziales: Gewerbegerichtswahl in Krefeld.
Der Arbeitsmarkt im Jahre 1911.
Versammlungskalender.
Sterbe-Tafel.
Literarisches.